

SOPHIE BOSE, KLAUS DÖRRE,  
JAKOB KÖSTER UND JOHN LÜTTEN

# NACH DER KOHLE II

KONFLIKTE UM ENERGIE UND REGIONALE  
ENTWICKLUNG IN DER LAUSITZ



SOPHIE BOSE, KLAUS DÖRRE,  
JAKOB KÖSTER UND JOHN LÜTTEN

# NACH DER KOHLE II

KONFLIKTE UM ENERGIE UND REGIONALE  
ENTWICKLUNG IN DER LAUSITZ

SOPHIE BOSE, M. A., ist Soziologin mit den Arbeitsschwerpunkten Rechtspopulismus, Gewerkschaften, politische Orientierungen und Geschlechterverhältnisse.

KLAUS DÖRRE ist seit 2005 Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Sprecher des DFG-Kollegs Postwachstumsgesellschaften, Editor in Chief des *Berliner Journal für Soziologie* und Co-Herausgeber (gem. mit Brigitte Aulenbacher) des *Global Dialogue*, eines Magazins der International Sociological Association (ISA). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Kapitalismustheorie, Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen, digitale Transformation sowie Rechtspopulismus.

JAKOB KÖSTER, M. A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind die Arbeitssoziologie sowie Prekarisierung und Prekarität.

JOHN LÜTTEN, M. A., ist Doktorand am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und promoviert über Gesellschaftsbilder der Arbeiterschaft. Das Promotionsprojekt wird mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

**Dieser Text erscheint demnächst auch in:**

Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (Hrsg.):  
Abschied von Kohle und Auto?  
Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität,  
Frankfurt a. M. 2020.

## **IMPRESSUM**

STUDIEN 12/2020

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Oktober 2020

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

---

## INHALT

1 Einleitung .....	5
2 Sichtweisen der Kohlebeschäftigten .....	7
2.1 Das «Rückgrat der Lausitz»: die regionale Bedeutung von Braunkohle und LEAG aus Sicht der Beschäftigten .....	7
2.2 Zweifel an der Machbarkeit des Ausstiegs .....	8
2.3 Eine «zweite Wende»? Arbeitsmarkt und regionale Entwicklung .....	10
2.4 «Buhmänner der Nation»: Abwertungserfahrungen und Medienkritik .....	12
2.5 Zwischen legitimer Meinungsäußerung und «Ökoterrorismus»: Sichten auf die Kohlegegner*innen .....	13
2.6 Mit wem für die Lausitz? Kohleausstieg, politische Akteure und extreme Rechte .....	14
3 Sichtweisen von Umweltaktiven und Tagebaugegner*innen .....	17
3.1 «Nicht mehr der Schrittmotor»? Sichtweisen auf LEAG und Braunkohleindustrie .....	17
3.2 Geteilte Unsicherheit, zu später Ausstieg: ökologische Folgen des Braunkohleabbaus .....	18
3.3 «Die müssen sich bewegen»: Fachkräftemangel und Strukturwandel «von unten» .....	19
3.4 Kampf um Anerkennung: Medien und regionale Öffentlichkeit .....	20
3.5 Engagement und Protest .....	22
3.6 Wer vertritt die Tagebaugegner*innen? .....	24
4 Fazit: ein Konflikt, der Nachhaltigkeitsziele blockiert .....	26
Literatur .....	30

# 1 EINLEITUNG

«An die Politik: ENERGIEWENDE? Erst erklären, wie es geht, dann beweisen, dass es geht, erst dann weitere Eingriffe!», lautet die Inschrift eines Transparents, das über dem Haupteingang zum Braunkohlekraftwerk Jänschwalde im Lausitzer Revier ins Auge sticht. Die demonstrativ platzierte Botschaft bringt eine unter den Beschäftigten vorherrschende Stimmung recht gut auf den Punkt: Gegenüber dem geplanten Kohleausstieg herrscht große Skepsis. Dass nicht alle Menschen in der Lausitz dieser Meinung sind, zeigt sich augenfällig am gelben Widerstands-X in den Ortschaften, die für die Braunkohleförderung umgesiedelt und abgebagert werden sollen. Als Entgegnung auf die Sorge um Arbeitsplätze findet sich bei Aktionen der Klimabewegung, wie sie immer wieder im Lausitzer Revier stattfinden, häufig die Parole «There are no jobs on a dead planet».

Die Auseinandersetzungen um die Energiewende und den Kohleausstieg stellen vielleicht einen der am weitesten vorangeschrittenen Transformationskonflikte in Deutschland dar. Insofern könnten die Geschehnisse in den Braunkohlerevieren einen Vorgeschmack auf das bieten, was in Sachen Verkehrswende, Automobilproduktion<sup>1</sup> und Dekarbonisierung der Gesamtwirtschaft erst noch bevorsteht. Deshalb lässt sich fragen: Bietet die Lausitz ein Musterbeispiel für die sozial-ökologischen Konfliktlagen der Zukunft? Welche Lehren lassen sich für die Transformation in anderen Branchen und Regionen ziehen? Gibt es Fehler, die vermeidbar sind? Finden sich vielleicht Konfliktlösungen, die sich auch auf andere Wirtschaftsräume übertragen lassen?

Am Beispiel der Lausitz wird sichtbar, so unsere These, dass sich soziale und ökologische Konfliktlinien gegeneinander verselbstständigen können. In den Auseinandersetzungen um den Kohleausstieg werden grundlegende gesellschaftliche Zukunftsfragen be- und verhandelt. Es geht auch darum, wer für welche Arbeit wie viel Anerkennung erhält, was eigentlich ein gutes Leben ausmacht, wie eine lebenswerte Zukunft (nicht nur) in der Region aussehen könnte und wer in die Entscheidungen über die Entwicklung der Lausitz einbezogen wird.

Grundlage unserer Ausführungen sind zwei empirische Erhebungen,<sup>2</sup> die wir<sup>3</sup> im Jahr 2019 im Lausitzer Braunkohlerevier durchgeführt haben. Im Februar 2019 haben wir im Zuge einer ersten «soziologischen Tiefenbohrung»<sup>4</sup> (Lausitz I) 20 problemzentrierte Interviews mit Beschäftigten der LEAG (Lausitz Energie Kraftwerke AG/Lausitz Energie Bergbau AG) aus dem Tagebau Jänschwalde, dem Kraftwerk Jänschwalde sowie der Hauptverwaltung der LEAG im Lausitzer Braunkohlerevier geführt. Die Interviews dauerten bis zu zwei Stunden. Ergänzt wurde die Erhebung durch eine Dokumentenanalyse. Hinzu kommen das protokollierte mehrstündige Vorgespräch mit Betriebsrä-

ten und Mitgliedern der Geschäftsführung des Unternehmens, ein Besuch des Informationszentrums der LEAG und eine Besichtigung des Tagebaus Jänschwalde. Unsere Interviewpartner\*innen stammen aus allen Hierarchieebenen des Unternehmens. Themen der Gespräche waren neben der Bewertung des sogenannten Kohlekompromisses und der an ihm beteiligten politischen Akteure die Berufsbiografie, die aktuelle Tätigkeit, die Sicht auf das Unternehmen und die Region, die Bewertung der persönlichen und gesellschaftlichen Zukunft sowie der Blick auf soziale und politische Konflikte, die Klimabewegungen und die Rolle von Betriebsräten und Gewerkschaften. Ziel war es, O-Töne der Beschäftigten zu erfassen.

Ein Großteil der befragten Kohlebeschäftigten, insgesamt 18 Männer und zwei Frauen, ist bereits im Beruf tätig, zwei befinden sich noch in der Ausbildung. Die übrigen Befragten verfügen zumindest über eine Berufsausbildung, manche haben die Hochschulreife oder ein Hochschulstudium abgeschlossen. Die Altersspanne der Befragten reicht von 24 bis 60 Jahren. In der Zusammensetzung entspricht unser Sample der Qualifikationsstruktur im Unternehmen. Lange Zeit konnte sich die LEAG in Ausbildung und Beschäftigung bei den Bestqualifizierten der Region bedienen. Insgesamt weist die Belegschaft einen relativ hohen Altersdurchschnitt von über 50 Jahren auf. Etwa 20 Prozent der Beschäftigten sind Frauen.

In einer zweiten Erhebung im August/September 2019 haben wir – kontrastierend zu Lausitz I – Personen aus dem heterogenen Lager der Braunkohle- und Tagebaugegner\*innen befragt (Lausitz II). Ziel war es diesmal, Personen zu Wort kommen zu lassen, die der Braunkohleindustrie aus unterschiedlichen Gründen ablehnend gegenüberstehen. Das Sample der zweiten Erhebung umfasst allerdings nicht nur explizite «Braunkohle-» oder «Tagebaugegner\*innen».<sup>5</sup> Einigen Befragten war es sehr wichtig zu erklären, dass es – entgegen der medialen Zuspitzungen – in der Lausitz mehr als nur zwei Seiten (pro oder kontra Braunkohle) gibt.

Insgesamt haben wir in der zweiten Erhebung mehrere Experteninterviews mit Gesprächspartner\*innen aus der politischen Bildungsarbeit, Kultur, Architektur

<sup>1</sup> So werden mittlerweile Aktionsformen der radikalen Klima- und Umweltbewegung auch im Bereich der Automobilindustrie angewandt. Beispiele sind die Blockade eines Autotransportzugs im August 2019 vor dem Wolfsburger VW-Werk und die massenhafte Blockade von Eingängen der Internationalen Automobil Ausstellung in Frankfurt am Main im September 2019. <sup>2</sup> Beide Untersuchungen wurden durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung angeregt und finanziell gefördert. <sup>3</sup> Die Forschungsgruppe besteht aus Klaus Dörre als Projektleiter, Sophie Bose, Jakob Köster und John Lütten als wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen sowie Nelson Dörre, Hannes Guddat und Armin Szauer als Praktikanten. Als wissenschaftliche Hilfskräfte haben zudem Amani Ashour und Lena Hinderberger bei der Datenaufbereitung und -auswertung mitgewirkt. <sup>4</sup> Zur Methode der «soziologischen Tiefenbohrung» vgl. Dörre u. a. (2018). <sup>5</sup> Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema betonte eine gegen die Erweiterung von Tagebauen Engagierte, dass sie nicht gegen Kohle an sich sei – also keine «Kohlegegnerin», sondern vielmehr eine «Tagebaugegnerin».

und regionalen Entwicklung sowie 13 problemzentrierte Interviews mit Bewohner\*innen der Lausitz geführt. Diese Interviews dauerten zwischen einer und zweieinhalb Stunden. Die Befragten sind mehrheitlich in unterschiedlichem Maße in der lokalen bzw. regionalen Umweltbewegung und/oder Initiativen gegen die Erweiterung von Tagebauen aktiv. In einem Fall liegt das Engagement in der Vergangenheit. Mehrere Befragte waren oder sind zudem ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagiert. Während vier Befragte bereits in Rente sind, handelt es sich bei den übrigen zumeist um Angestellte in verschiedenen Branchen. Drei der Befragten arbeiten als selbstständige Unternehmer\*innen. Vier der Interviewten sind Frauen, neun sind Männer. Mit wenigen Ausnahmen sind sie in der Lausitz aufgewachsen und zum Teil nach beruflich bedingten Aufenthalten in anderen Bundesländern wieder in die Region zurückgekehrt. Die Gespräche orientierten sich am Leitfaden der ersten Erhebung (Lausitz I), waren allerdings stärker auf das Engagement in lokalen Initiativen und sozialen Bewegungen fokussiert.

Über die Region hinaus haben wir zusätzlich drei Aktivist\*innen einer Ortsgruppe des Aktionsbündnisses Ende Gelände<sup>6</sup> befragt. Alle Interviews wurden zu thematischen Protokollen zusammengefasst, ein Großteil zudem transkribiert und anschließend inhaltsanalytisch ausgewertet.

Für ihre Gesprächsbereitschaft sind wir unseren Interviewpartner\*innen zu größtem Dank verpflichtet. Ohne ihre Bereitschaft, Zeit aufzuwenden und in den Interviews Klartext zu reden, wäre unsere Recherche eine oberflächliche Betrachtung geblieben. Wir selbst haben in den Interviews viel gelernt. Dazu gehört an erster Stelle die Einsicht, dass Schwarz-Weiß-Malerei der Komplexität von Transformationskonflikten nicht gerecht wird.

Im Folgenden werden in Kapitel 2 zunächst die Positionen der LEAG-Beschäftigten dargestellt<sup>7</sup> und anschließend in Kapitel 3 mit den Positionen der Befragten aus der regionalen Umwelt- und Klimabewegung kontrastiert. Wir beginnen jeweils mit der regionalen Bedeutung der Braunkohle und des Unternehmens LEAG (2.1 und 3.1), gefolgt von Einschätzungen zum geplanten Kohleausstieg (2.2 und 3.2) und seiner Bedeutung für Arbeitsmarkt und regionale Entwicklung (2.3 und 3.3), Abwertungserfahrungen, Medienkritik und Fragen von Anerkennung (2.4 und 3.4), Sichtweisen auf Proteste und Engagement (2.5 und 3.5) sowie Haltungen zu politischen Parteien einschließlich Rechtsextremismus (2.6 und 3.6). In einem abschließenden Fazit fassen wir unsere Erkenntnisse zusammen (4).

**Tabelle 1:**  
**Übersicht über die geführten Interviews**

Beschäftigte in der Braunkohleindustrie (n=20)		
Tagebau	Kraftwerk	Hauptverwaltung
Interview 1	Interview 5	Interview 11
Interview 2	Interview 6	Interview 12
Interview 3	Interview 7	Interview 13
Interview 4	Interview 8	Interview 14
Interview 17	Interview 9	Interview 15
Interview 18	Interview 10	Interview 16
	Interview 20	Interview 19
gesamt: 6	gesamt: 7	gesamt: 7
Weitere Stimmen aus der Region (n=16)		
Expert*innen	Umweltaktive und Tagebaubetroffene	weitere Befragte
Interview II-1	Interview II-3	Interview II-8
Interview II-2	Interview II-4	Interview II-9
Interview II-5	Interview II-6	
	Interview II-7	
	Interview II-10	
	Interview II-11	
	Interview II-12	
	Interview II-13	
	Interview II-14	
	Interview II-15	
	Interview II-16	
gesamt: 3	gesamt: 11	gesamt: 2
Aktivist*innen von Ende Gelände (n=3)		
	Interview K1	
	Interview K2	
	Interview K3	
	gesamt: 3	

Quelle: eigene Darstellung

<sup>6</sup> Ende Gelände ist ein Zusammenschluss verschiedener Gruppen innerhalb der Klimabewegung und organisiert seit 2015 massenhafte Aktionen des zivilen Ungehorsams mit dem Ziel Infrastruktur der Kohleverstromung (Tagebaue und Kohlekraftwerke) zu blockieren. <sup>7</sup> Dieses Kapitel ist bereits von der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht worden (Bose u. a. 2019) und wird hier mit leichten Kürzungen und Aktualisierungen wiedergegeben.

## 2 SICHTWEISEN DER KOHLEBESCHÄFTIGTEN

In der Lausitz kommen der Braunkohleförderung und den Betrieben der LEAG eine herausragende Bedeutung zu. Die Region blickt auf eine lange Tradition des Braunkohleabbaus zurück. Im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert wurden erstmalig Braunkohlevorkommen in der Lausitz erschlossen. Bis in die 1990er Jahre dominierten seitdem Kohle- und Textilindustrie die Wirtschaftsstruktur der Lausitz (Müller/Steinberg 2020: 19f.). In der DDR stellte Braunkohle den wichtigsten Energieträger dar. Die Kohleförderung, -verstromung und -veredelung wurden massiv ausgebaut und Arbeitskräfte aus der gesamten DDR in der Lausitz angesiedelt. Nach der Wende kam es zu einem massiven Rückgang der Beschäftigung infolge der Schließung von Industriebetrieben, von der auch die Kohlebranche betroffen war. Zwischen 1989 und 1999 sank die Zahl der Kohlebeschäftigten im Lausitzer Revier von circa 79.000 auf unter 8.000 (Greib u. a. 2019: 29). Aus den DDR-Betrieben der Lausitzer Braunkohleindustrie ging im Zuge der Privatisierung nach 1990 die Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG) hervor, die 2001 vom schwedischen Staatskonzern Vattenfall übernommen wurde und anschließend als Vattenfall Europe Mining AG firmierte. 2016 erfolgte der Verkauf an den tschechischen Konzern EPH (mehrheitlich im Besitz eines einzelnen Investors, Daniel Křetínský) und den Finanzinvestor PPF Investments (ein Private-Equity-Unternehmen mit Sitz in Jersey). Seitdem firmieren die Tagebaue und Kraftwerke des Lausitzer Reviers unter der gemeinsamen Marke LEAG.

### 2.1 DAS «RÜCKGRAT DER LAUSITZ»: DIE REGIONALE BEDEUTUNG VON BRAUNKOHLE UND LEAG AUS SICHT DER BESCHÄFTIGTEN

Im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt ist die wirtschaftliche Bedeutung der Braunkohleindustrie in der Lausitz überdurchschnittlich groß. Während im Jahr 2016 deutschlandweit 2,8 Prozent der Bruttowertschöpfung im Sektor «Bergbau, Energie, Wasser und Entsorgung» erbracht wurden und 1,3 Prozent der Beschäftigten in diesem Sektor arbeiteten, sind es in der Lausitz 10,6 Prozent der Bruttowertschöpfung und 2,7 Prozent aller Erwerbstätigen (Greib u. a. 2019: 23).<sup>8</sup>

Zum Zeitpunkt unserer Erhebungen waren im Lausitzer Revier drei Kraftwerke (Boxberg, Jänschwalde und Schwarze Pumpe) und vier Tagebaue (Jänschwalde, Nochten, Reichwalde und Welzow-Süd) in Betrieb. In Planung sind die Erweiterung des Tagebaus Nochten durch das «Sonderfeld Mühlrose», für die etwa 200 Menschen aus dem Ort Mühlrose umgesiedelt werden müssten, sowie die Erweiterung des Tagebaus Welzow-Süd, die nicht nur die Abbaggerung des Dorfes Proschim, sondern auch die Umsiedlung von etwa 800 Menschen zur Folge hätte. In der Vergangenheit sind bereits etwa 90 Ortschaften<sup>9</sup> umgesiedelt und ab-

gebaggert worden, überwiegend im Siedlungsgebiet der sorbisch-wendischen Minderheit (Müller/Steinberg 2020: 20).

Der Abschlussbericht der Kommission für «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» – der sogenannte Kohlekompromiss – und das auf dieser Grundlage im Juli 2020 beschlossene Kohleausstiegsgesetz sehen gegenüber dem 2017 von der LEAG als Planungsgrundlage vorgelegten «Revierkonzept» ein früheres Ende der Braunkohleverstromung im Lausitzer Revier bis spätestens 2038 vor. Dabei sollen negative Auswirkungen auf die Beschäftigten abgefedert und betriebsbedingte Kündigungen verhindert werden. Vorgesehen sind umfassende Fördermaßnahmen und Investitionen zur Ansiedlung neuer Arbeitsplätze in der Region und zur Gestaltung des regionalen Strukturwandels.

Viele der in der Lausitz ansässigen Familien haben Angehörige, die seit Generationen im Bergbau arbeiten. Mit der Braunkohle ist eine hohe Identifikation verbunden: «Ich war immer stolzer Bergmann und das werde ich immer bis zum Schluss bleiben», erklärt ein über 50-jähriger Beschäftigter im Interview (Interview 3). Arbeiter- und Produzentenstolz prägen die Kultur des Unternehmens.

Während wir in anderen Untersuchungen darauf gestoßen sind, dass sich auf den Arbeiterstatus kein positives Selbstbewusstsein gründet (Dörre/Happ/Matuschek 2013), bezeichnen sich in der LEAG selbst Techniker und angehende Ingenieure als «Arbeiter». Die Anerkennungspyramide in den Betrieben wird gewissermaßen vom *shop floor*, von den unmittelbaren Produzent\*innen her bestimmt. Strittig ist unternehmensintern nur, ob die Bergleute, die Besatzungen von Baggern und Förderbrücken oder die «Braunkohleveredler» in nachgelagerten Arbeitsschritten wichtiger für den Gesamtprozess sind. Dementsprechend herrscht im Unternehmen ein rauer, aber dennoch solidarischer Grundton, der von den Arbeiter\*innen bestimmt wird und an den sich die produktionsnahen Ingenieur\*innen anzupassen haben. Zu dieser besonderen Unternehmenskultur trägt bei, dass die Aufstiegskanäle im Unternehmen höchst durchlässig sind. Die berufliche Karriereleiter kann durchaus vom Elektriker zur Führungsebene führen. Zwei Vorstandsmitglieder der

<sup>8</sup> Jedoch bestehen auch innerhalb der Lausitz, die sich aus den Landkreisen Bautzen und Görlitz in Sachsen sowie den Landkreisen Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße sowie der kreisfreien Stadt Cottbus in Brandenburg zusammensetzt, erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Bedeutung der Braunkohle. Am höchsten ist diese in den Landkreisen Spree-Neiße (41,8 Prozent der Bruttowertschöpfung, 10,4 Prozent der Erwerbstätigen) und im Landkreis Görlitz (14,3 Prozent der Bruttowertschöpfung und 3,1 Prozent der Beschäftigten). <sup>9</sup> Die Grüne Liga nennt die Zahl von 136 Dörfern, die in den letzten Jahren für den Braunkohleabbau ganz oder teilweise umgesiedelt worden sind, und spricht von mehr als 30.000 von Umsiedlung betroffenen Menschen (Grüne Liga 2014). Auf Wikipedia findet sich eine Liste von 89 ganz und 42 teilweise devastierten Orten im Lausitzer Braunkohlerevier unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_abgebrochenen\\_Orte\\_im\\_Lausitzer\\_Kohlerevier#Devastierte\\_Orte](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_abgebrochenen_Orte_im_Lausitzer_Kohlerevier#Devastierte_Orte).

LEAG haben ihr Geschäft gewissermaßen von der Pike auf gelernt.

Mit rund 7.700 Beschäftigten,<sup>10</sup> unter ihnen 700 Auszubildende, ist die LEAG der größte Arbeitgeber der Region. Hinzu kommen zahlreiche Zulieferbetriebe und deren Belegschaften, die direkt oder indirekt von der Braunkohle abhängig sind.<sup>11</sup> Von uns befragte LEAG-Beschäftigte sehen in ihrem Unternehmen durchweg nicht nur den größten, sondern auch den besten regionalen Arbeitgeber. Unbefristete Vollzeitstellen sind die Regel, prekäre Beschäftigung gibt es bei Zulieferern und ausgegründeten Unternehmensteilen, in den LEAG-Betrieben aber nicht. Die tarifliche Entlohnung liegt im regionalen Vergleich weit über dem Durchschnitt. Dagegen beträgt die tarifliche Wochenarbeitszeit – für den Osten höchst ungewöhnlich – 37,5 Stunden. Der Betriebsrat hat im Unternehmen eine starke Position. Mitglied des Betriebsrats oder der Jugendvertretung zu sein gilt in der Belegschaft als attraktiv. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad bewegt sich deutlich oberhalb der 80-Prozent-Marke.<sup>12</sup> Auch die Ausbildungsbedingungen und -vergütungen werden als «vom Feinsten» beschrieben (Interview 3).

Ausnahmslos alle Befragten zeigen sich sowohl mit Verdienst, Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalten als auch mit den Sozialbeziehungen in der Belegschaft sehr zufrieden. Obwohl im Mehrschichtsystem gearbeitet wird und die Tätigkeiten «in der Grube», die bei Wind und Wetter stattfinden, alles andere als leicht sind, gibt es in den Interviews keine Klagen über die Arbeitsbedingungen. Bemängelt wird allenfalls, dass Stellen nicht nachbesetzt werden und deshalb eine schleichende Tendenz zur Leistungsverdichtung zu verzeichnen ist. Doch diese Erfahrung bleibt in den Interviews eine Marginalie. Das wahrscheinlich auch, weil, wie die meisten Interviewpartner\*innen betonen, in der Belegschaft ein guter Zusammenhalt und ein ausgeprägtes «Wirgefühl» herrschen (Interview 1). Die Befragten sind sich der Besonderheit des Unternehmens sehr bewusst: «Nach Gehalt ist man, wenn man hier arbeitet, hier in der Region oben. [...] Das sind Gehälter, die man mit einem Hochschulstudium in Westdeutschland verdient.» (Interview 10)

Bedeutsam ist zudem, dass die LEAG eine wichtige Funktion für das kulturelle und zivilgesellschaftliche Leben in der Region ausübt. Das Unternehmen betätigt sich als Sponsor von Sportvereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es unterstützt Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und für kulturelle Vielfalt und fördert so in der Wahrnehmung vieler Befragter den sozialen Zusammenhalt in der Lausitz. Nicht zuletzt deshalb gilt die LEAG den Beschäftigten als «Leuchtturm» (Interview 19) und als «Rückgrat der Lausitz» (Interview 3): «Die Braunkohle gibt uns viele Möglichkeiten. Seien wir ehrlich, wenn wir die nicht hätten, [...] dann wäre hier der Ofen aus.» (Interview 5)

Angesichts der guten Arbeitsbedingungen und Gehälter, der kulturellen Bedeutung des Unternehmens

und der hohen Identifikation mit ihren beruflichen Tätigkeiten blicken zahlreiche Beschäftigte mit großer Sorge auf den bevorstehenden Braunkohleausstieg:

«Ich bin auf jeden Fall stolz, was ich bis jetzt in meinem Leben so erreicht habe, ich gehe gern arbeiten, bin auch stolz, dass ich hier mitmachen darf bei der LEAG, ich mache das auch gerne, ganz ehrlich. Und ich betrachte es auch mit Wehmut, wenn das hier alles den Bach runtergeht.» (Interview 15)

Die Unternehmensleitung und ihr Handeln während des Ringens um den Kohleausstieg werden von den Befragten überwiegend positiv bewertet. Immer wieder äußern Beschäftigte die Einschätzung, dass Belegschaft und Management vom Strukturwandel gleichermaßen betroffen seien, weshalb Gewerkschaft, Betriebsräte und Unternehmensleitung gemeinsam handeln müssten: «Unsere Betriebsleitung, [...] denen geht es genauso an den Kragen wie dem kleinen Mann. [...] Da geht es eigentlich ums Überleben.» (Interview 3) Vereinzelt begegnete uns jedoch auch Kritik am Unternehmen, das sich aus Sicht einiger Befragter deutlich früher hätte umorientieren müssen und bis heute keinen «Plan B» zu haben scheine (Interview 14). Die Zeiten, in denen sich Tausende auf Ausbildungsstellen bewarben und die LEAG die Besten der Besten auswählen konnte, sind jedenfalls vorbei. «Für mich war's damals der Sechser im Lotto», sagt einer der Befragten über die Zusage für eine Ausbildung bei der LEAG, die im Grunde gleichbedeutend mit einer sicheren Zukunftsperspektive gewesen sei (Interview 5). Dies gilt heute nicht mehr in gleicher Weise. Inzwischen kann das Unternehmen eine Bestenauslese nicht mehr betreiben: «Es wollten alle zu uns. Jetzt will keiner mehr zu uns.» (Interview 14) Das Unternehmen müsse lernen, sich auch mit den zweit- oder drittbesten Bewerber\*innen zu begnügen, andernfalls werde es schwer, auch nur den Ersatzbedarf an Arbeitskräften zu decken.

## 2.2 ZWEIFEL AN DER MACHBARKEIT DES AUSSTIEGS

Das Votum der «Kohlekommission» für einen Ausstieg im Jahr 2038 stößt innerhalb der Belegschaft auf ein geteiltes Echo. Während Betriebsräte den Kompromisscharakter der Vorschläge betonen, betrachten andere Befragte die Vereinbarung als Verschlechterung. Die Bewertungen fallen umso negativer aus, je größer

<sup>10</sup> Unternehmensangabe unter [www.leag.de](http://www.leag.de). Greib u. a. gehen davon aus, dass die Zahl der Beschäftigten in der Lausitz tatsächlich wahrscheinlich unter 7.000 liegt, da in der Gesamtzahl der LEAG-Beschäftigten auch der Standort Lippendorf im mitteldeutschen Kohlerevier enthalten sei (Greib u. a. 2019: 30). <sup>11</sup> Für das Ausmaß der indirekten Beschäftigungswirkung der Kohleindustrie in der Region existieren unterschiedliche Schätzungen. In einer Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) aus dem Jahr 2018 wird von etwa 8.278 direkten und 4.967 indirekten und induzierten Beschäftigten ausgegangen (RWI 2018: 11). Greib u. a. kommen auf der Basis dieser und weiterer Studien zu dem Ergebnis, dass sich die Gesamtzahl der direkten und indirekten Beschäftigung in der Lausitzer Kohleindustrie zwischen 10.000 und maximal 16.000 Beschäftigten bewegt (Greib u. a. 2019: 30). Demgegenüber wird im Abschlussbericht der Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» sogar von 8.000 direkten und 16.000 indirekten und induzierten Arbeitsplätzen ausgegangen (Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» 2019: 84). <sup>12</sup> Die Aussagen in den Interviews waren dazu nicht eindeutig; klar ist aber, dass es im Unternehmen relativ selbstverständlich ist, der Gewerkschaft beizutreten.



die Nähe der Befragten zur *shop floor*-Ebene ist. Von einigen Beschäftigten wird der «Kohlekompromiss» prinzipiell begrüßt. Ein Befragter hält ihn sogar für eine besonders clevere Lösung, weil die Region nun staatliche Zuwendungen bekomme, die bei einem ohnehin bevorstehenden Ausstieg in der in Aussicht gestellten Höhe keineswegs sicher gewesen wären. Andere Belegschaftsmitglieder akzeptieren den Kompromiss zumindest als konkrete Diskussionsgrundlage für die weitere Auseinandersetzung. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass die Vereinbarungen noch in gesetzliche Regelungen überführt und in den zuständigen Parlamenten beschlossen werden müssen. Entscheidend für die Bewertung sei, wie das genau geschehe.

Viele Befragte äußern sich jedoch überwiegend negativ. Skeptische bis ablehnende Haltungen gegenüber dem Kommissionsbericht sowie dem Kohleausstieg insgesamt speisen sich nicht nur aus der Sorge um die individuelle berufliche Zukunft oder die Zukunft der Region. Auch die technische Machbarkeit eines Umstiegs auf regenerative Energien wird von ausnahmslos allen Befragten des Samples bezweifelt. Das anvisierte Ziel eines Braunkohleausstiegs bis zum Jahr 2038, so der Tenor der Interviews, sei politisch motiviert, ohne dass Klarheit bestünde, wie der Energiebedarf danach gedeckt werden könne. «Ich reiße das alte Haus ab, aber das neue steht noch nicht und es funktioniert noch nicht, aber es muss jetzt unbedingt abgerissen werden, das alte Haus» (Interview 15), bringt ein Befragter diese Sicht auf den Punkt. Derartige Entscheidungen seien den Menschen in der Lausitz nur schwer zu vermitteln.

Die zentralen Argumente, mit denen die Kohleausstiegspläne und der «Kohlekompromiss» abgelehnt werden, zielen auf den Energiemix und die Sicherstellung der Grundversorgung mit Strom. Der aktuelle Energiemix beruht zu einem erheblichen Prozentsatz auf Strom aus Kernkraftwerken, der beständig ins Netz eingespeist wird. Es folgt die Energie aus Wind und Sonne, die – allerdings wetterabhängig – in jedem Fall Vorrang genießt. Strom aus Kohle und Gas sowie aus den ebenfalls zu den Erneuerbaren zählenden Wasserkraftwerken deckt den großen Restbedarf, gleicht wetterbedingte Schwankungen bei Wind- und Sonnenenergie aus und sichert so die Grundversorgung. Dieser Mix und mit ihm die Grundversorgung seien, so der Tenor zahlreicher Interviews, in Zukunft nicht mehr gesichert. Es fehle ein überzeugendes Konzept, das nachvollziehbar mache, wie der Energiebedarf nach dem Wegfall der Kohleverstromung und dem Abschalten der Kernkraftwerke von den regenerativen Energien aufgefangen werden könne. Unklar bleibe auch, wie der Strompreis gehalten werden könne, wenn die vergleichsweise preiswerte Atomenergie wegfalle. Energie aus Erdgas sei nur dann eine Alternative, wenn man die Emissionen unbeachtet ließe, die bei Förderung und Transport anfielen. Rechne man diese ein, seien fossile Gase schmutziger als die Braunkohle.

Spätestens bis 2023 soll das letzte Atomkraftwerk stillgelegt sein.<sup>13</sup> Dieses Datum vor Augen zweifeln viele Befragte an der Machbarkeit eines raschen Ausstiegs aus der Braunkohle. Wind- und Solarenergie seien erstens gegenwärtig nicht in der Lage, den gesamten Bedarf zu befriedigen, zweitens gebe es nicht genügend Speicherkapazitäten, um wetterbedingte Schwankungen in der Stromversorgung überbrücken zu können. So werde mit Blick auf Wind- und Solarenergie meist nur über deren potenzielle Kapazitäten geredet, nicht aber über die tatsächliche Auslastung und Stromproduktion, die teilweise deutlich unterhalb der Potenziale liege. Unabhängig von der Befürwortung oder Ablehnung ökologischer Motive machen nahezu alle Befragten darauf aufmerksam, dass der Braunkohleausstieg technisch nicht funktionieren könne. Einige Beschäftigte prognostizieren deshalb den Import fossiler Energie aus dem Ausland:

«Wir steigen aus der Steinkohle aus, Atom und Braunkohle, das sind 75 Prozent der Stromproduktion in Deutschland. Und wo soll das herkommen? Das muss mal einer den Leuten erklären. Das kann ja nur aus dem Ausland kommen. Und was nützt uns das dann, wenn dann ein altes Kohlekraftwerk in Rumänien weiterläuft, und wir machen unser neuestes hier zu? Das kann es doch auch nicht sein, das ist für mich alles scheinheilig und verlogen, [...] das erzeugt doch Frust bei den Leuten.» (Interview 15)

Als Folge von Importen könne es zu geopolitischen Abhängigkeiten von osteuropäischen Ländern und hier vor allem vom Erdgaslieferanten Russland kommen. Noch greifbarer ist für manche die Gefahr eines sogenannten Blackouts, also mehr oder minder weiträumiger Stromausfälle durch Versorgungsengpässe. Kaum jemand unter den Befragten weiß nicht mehr oder minder dramatische Geschichten eines Blackouts zu erzählen. Andere schildern Katastrophenszenarien, die der Zusammenbruch des Stromnetzes mit sich bringen würde. Mit einem gewissen Zynismus wünscht man der verantwortungslosen Politik geradezu einen Blackout, weil das die Verantwortlichen zum Aufwachen bewegen könne.

Bei den meisten der Befragten verbinden sich Zweifel an der technischen Umsetzbarkeit des Braunkohleausstiegs mit großer Skepsis hinsichtlich der Verlässlichkeit politischer Entscheidungen und Aushandlungsprozesse. Die Mehrzahl der Interviewpartner\*innen gibt an, nicht zu wissen, ob man sich bei der Ausgestaltung des «Kohlekompromisses» auf die Politik wirklich verlassen könne: «Es wurde schon viel versprochen und nicht gehalten», äußert sich ein Ingenieur skeptisch gegenüber den verantwortlichen Entscheider\*innen (Interview 17). Ein anderer beschreibt die Auseinandersetzung um die Kohlefrage als politischen «Eiertanz», der «von Kommission zu Kom-

<sup>13</sup> Im Jahr 2018 entfiel rund ein Viertel der öffentlichen Stromversorgung auf die Braunkohle. Auf die Kernenergie entfielen im selben Jahr 13 Prozent der öffentlichen Stromversorgung (vgl. das Onlineportal der Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE unter: [www.energy-charts.de](http://www.energy-charts.de)).

mission» getragen worden sei (Interview 20). Während viele dabei der Landespolitik und hier vor allem den Ministerpräsidenten von Brandenburg und Sachsen attestieren, über die Lage im Braunkohlerevier informiert zu sein und sich zumindest für die Belange der Region einzusetzen, bewertet man die Bundespolitik äußerst negativ. In «Berlin», so die Sicht vieler, werde nach politischer Konjunktur, bei fehlender Sachkenntnis und ohne verbindlichen Kurs über die Zukunft der Braunkohlereviere entschieden.

Begründet wird die negative Bewertung des vorgezogenen Ausstiegs auch mit dem Hinweis, dass der LEAG damit das Geld aus sieben Jahren Produktion fehlen werde, das vom Unternehmen für Rekultivierung und Wiederaufforstung ausgegeben werden könne. Das Unternehmen handele nach der Devise «Zerwühlen und Verschönern», erklärt ein Verantwortlicher während der Besichtigung des Tagebaus schmunzelnd. Ein Teil des ehemaligen Tagebaus Jänschwalde wird mittlerweile wieder landwirtschaftlich genutzt; es existiert ein grünes Herz des Abbaugebiets. Die Befürchtung ist, dass der vorgezogene Ausstieg solche Rekultivierungen erschweren oder gar verunmöglichen wird.

Fast niemand von den Befragten rechnet damit, dass die Kommissionsvorschläge den Beschäftigten Planungssicherheit bringen werden. Da Möglichkeiten eines früheren Ausstiegs immer wieder geprüft werden sollen, rechnen die meisten Beschäftigten damit, dass schon in naher Zukunft (Zweijahresfrist) neue Grundsatzzdebatten um den Termin des Braunkohleausstiegs geführt werden müssen. Signalisieren die meisten Befragten grundsätzlich Verständnis für einen – wenn auch später gewollten – Ausstieg aus der Braunkohleförderung, äußert sich eine Minderheit grundsätzlich «klimaskeptisch» und sieht bei der Braunkohleförderung keinen akuten Handlungsbedarf. Der Zusammenhang von anthropogenem Klimawandel und CO<sub>2</sub>-Emissionen sei, so die Behauptung, bislang nicht bewiesen. Zudem sei der Anteil von nicht natürlich emittiertem CO<sub>2</sub> verschwindend gering.

Jener Teil der Befragten, der so argumentiert, empfindet die öffentliche Debatte um den Klimawandel als hysterisch. Die Aufregung wird als Ergebnis einer ideologischen Kampagne von Grünen und Umweltverbänden betrachtet und in Gänze zurückgewiesen. Für jene Minderheit, die einen anthropogenen Klimawandel generell bestreitet, liegt auf der Hand, was diese Position politisch impliziert: Die Braunkohleförderung soll weiterlaufen, der geplante Ausstieg wird als ideologisch motivierter Angriff einer verblendeten und nicht auf Fakten basierenden (Bundes-)Politik zurückgewiesen. Dieser Politik wird jegliche Legitimität abgesprochen. Andere Stimmen aus der Belegschaft und vor allem die befragten Betriebsräte weisen «klimaskeptische» Positionen ausdrücklich zurück: «Nur weil ich in der Kohle arbeite, muss ich ja jetzt nicht den Klimawandel leugnen. Ich kann mir der Tatsache ja auch bewusst sein» (Interview 1), findet zum Beispiel ein technischer An-

gestellter. Doch auch jene Beschäftigten, die den anthropogen verursachten Klimawandel anerkennen, betonen, dass die politischen Reaktionen angemessen ausfallen müssen:

«Ich bin natürlich dafür [für den Ausstieg, d. A.], ich will auch, dass meine Kinder noch eine tolle Zukunft haben und dass nicht Naturkatastrophen ihr Leben zerstören, dass möchte ich auch nicht. Aber das muss vernünftig vonstatten gehen.» (Interview 14)

### 2.3 EINE «ZWEITE WENDE»? ARBEITSMARKT UND REGIONALE ENTWICKLUNG

Neben Zweifeln an der technischen Machbarkeit der Energiewende und dem Eindruck, diese gehe überstürzt und ungeplant vonstatten, glaubt ein Großteil der befragten Beschäftigten nicht daran, dass der Strukturwandel in der Lausitz erfolgreich bewältigt werden kann. «Wir brauchen keinen Strukturwandel, wir wollen Entwicklung!», hatten die beteiligten Betriebsräte schon im Vorgespräch verlauten lassen. Damit wollten sie deutlich machen, dass die Zeit leerer Versprechungen endgültig vorbei sei. Dem Strukturwandel als solchem können sie nichts abgewinnen, er sei zu einer Dauererfahrung geworden. Der nunmehr um sieben Jahre vorgezogene Ausstieg aus der Braunkohle erreicht die Lausitz ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem es für junge Leute wieder attraktiv geworden ist, in die Region zurückzukehren. Selbiges scheint nun gefährdet, weil erneut drohe, was man nach der Wende schon einmal erlebt habe – Arbeitsplatzverluste in großem Ausmaß, unsichere Perspektiven für die Region und fehlende Chancen für die nachwachsende Generation.

Tatsächlich ist die pessimistische Haltung gegenüber den Zukunftsprojekten, wie sie die Kohlekommission vorschlägt, untrennbar mit den einschneidenden Erfahrungen während und nach der Wende von 1989/90 verbunden. Ein großer Teil der Belegschaft, deren Altersdurchschnitt bei über 50 Jahren liegt, hat diese Zeit des Umbruchs selbst miterlebt. Selbstverständlich ist diese Zeit in ihren Ergebnissen auch mit positiven Erfahrungen besetzt. So weisen uns Beschäftigte während einer Besichtigung des Tagebaus darauf hin, dass sich Arbeitsbedingungen und technische Ausrüstung erheblich verbessert haben. Die Arbeitssituation zu DDR-Zeiten halte keinem Vergleich stand. Vieles sei deutlich besser geworden.

Es gibt aber auch gegenläufige Erfahrungen. Zu Beginn der 1990er Jahre wurden zahlreiche Betriebe geschlossen und sogar ganze Industriezweige, wie beispielsweise die Lausitzer Textilindustrie, fast vollständig abgewickelt. Aber auch die Braunkohlebetriebe, zu DDR-Zeiten das Herzstück der Energieversorgung, haben die Wende nicht unbeschadet überstanden. Tagebaue mussten geschlossen und mehrere Tausend Mitarbeiter\*innen entlassen werden. Die Wende erlebten viele Befragte als radikalen Strukturbruch. Zahlreiche Beschäftigte verloren schlagartig ihre Arbeitsplätze. Für noch vorhandene Beschäf-

tigungsmöglichkeiten galten sie als «überqualifiziert». Teilweise wurden aber auch ihre in der DDR erworbenen Abschlüsse nicht mehr anerkannt. Letztlich seien die Leute «zum Teil mörderisch hinters Licht geführt» worden, als ihnen vonseiten der Regierung berufliche Sicherheit und blühende Landschaften versprochen worden seien, erklärt ein Befragter rückblickend (Interview 18). Wegen des Strukturbruchs verließen vor allem junge Leute die Region Richtung Westdeutschland, um dort Arbeit zu finden. Nicht nur einer unter den älteren Beschäftigten berichtet uns, bis heute unter dem Wegzug der erwachsenen Kinder nach Westdeutschland zu leiden. Die Kinder seien seit Langem aus dem Haus und überwiegend in großer räumlicher Entfernung berufstätig, die wechselseitige Besuche zum Ausnahmefall werden lasse. Zahlreiche Befragte empfinden dies als «Heimatverlust» und Einschränkung von Lebensqualität.

Aber auch für kurz vor oder kurz nach der Wende Geborene sind die Folgen des Umbruchs präsent. Jüngere Befragte beschreiben die Lausitz als «strukturschwache» Region, die sich bis heute nicht von den Betriebsschließungen und der Abwanderung erholt habe. So schildert ein Mitte 30-jähriger Beschäftigter, dass er auf seiner täglichen 40 Kilometer langen Autofahrt zur Arbeit nicht einmal eine einzige Tankstelle oder einen Supermarkt sehe: «Ich will nicht sagen Niemandsland, aber nah dran.» (Interview 10) Ein kommunalpolitisch engagierter Mitarbeiter berichtet von den leeren Kassen der Städte und Gemeinden, wodurch jede größere öffentliche Ausgabe zum Problem werde (Interview 8). Seit fast 30 Jahren erleben die Bewohner\*innen der Lausitz, dass seit der Wende geplante und versprochene Strukturprojekte – genannt werden zum Beispiel eine Chipfabrik und das Cargo-Lifterwerk – entweder nie realisiert wurden oder aber innerhalb weniger Jahren gescheitert seien: «Wir haben ja schon vieles erlebt, was alles versprochen wurde ...» (Interview 15) Ein Befragter bringt eine offenbar in der Belegschaft verbreitete Ansicht wie folgt auf den Punkt:

«Wir sind der Osten. Was ist hier passiert seit der Wende? Rückbau, Zumachen. [...] Die Leute, die jetzt noch da sind, die haben den zehnten Personal- und Pseudostrukturwandel hinter sich, wo man gesagt hat, wie sagen sie so schön? Blühende Landschaften nach der Wende. Nüsch ist.» (Interview 10)

Angesichts solcher Erfahrungen ist es wenig überraschend, dass die Beschäftigten der LEAG den im Kompromisspapier der Strukturkommission und in der politischen und medialen Öffentlichkeit diskutierten Vorschlägen für Alternativen zur Braunkohle – darunter eine Batteriefabrik für Elektroautos, der Ausbau von Tourismus und Forschung, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – skeptisch gegenüberstehen. Sie äußern Bedenken, eine Batteriefabrik werde der Konkurrenz aus billiger produzierenden Ländern wie etwa aus China auf Dauer kaum standhalten können. Nur einer unserer Interviewpartner blickt optimistisch auf den be-

vorstehenden Strukturwandel, den er als Chance für die Entwicklung der Region begreift (Interview 16).

Die Braunkohleförderung und -verstromung ist die einzige Industrie in der Lausitz, die seit der Wende erfolgreich ist und viele gut bezahlte, unbefristete Arbeitsplätze bietet. Deshalb, so die vorherrschende Meinung, sei die Region von der Braunkohle abhängig und – in den Worten eines Befragten – «ungesund aufgestellt»: «Die LEAG ist hier ein Leuchtturm und dann kommt ringsherum gar nichts.» (Interview 19) Verbreitet ist die Überzeugung, dass nicht der Ausbau von Forschung und Tourismus, sondern nur Industriearbeitsplätze die Region retten können:

«75 Prozent von unseren Mitarbeitern, die haben eine Schippe in der Hand. [...] Da wird es zwar Studierte geben, die irgendwo unterkommen, das ist keine Frage, aber die Masse der Menschen, die arbeitet mit den Händen. Und da muss richtige Industrie her.» (Interview 3)

Viele Beschäftigte hegen die Sorge, dass sich mit dem Braunkohleausstieg einiges von dem wiederholt, was nach der Wende geschehen ist. Die über 50 Jahre alten Befragten gehören zu den wenigen «Wendegewinnern» (Interview 3), die es nach den harten 1990er Jahren beruflich geschafft haben und ihre gut bezahlten, unbefristeten Arbeitsplätze behalten konnten. Sie alle kennen jedoch Verwandte und Bekannte, denen es deutlich schlechter ergangen ist. Die wiedergewonnene Stabilität und Sicherheit in der Region sehen diese Befragten nun durch den erneuten Strukturwandel abermals bedroht. Häufig gilt die Sorge nicht der eigenen Person, sondern der Zukunft der nachwachsenden Generation und der Region insgesamt. Eine «zweite Wende» drohe, die das Erreichte wieder infrage stelle:

«Das ist damals genauso ungeordnet abgelaufen, wie es jetzt anscheinend wieder ablaufen soll. Natürlich muss man daraus was lernen. Man kann nicht so viele Menschen ins Bodenlose fallen lassen. Ansonsten gehen die wieder alle in den Westen und damit ist uns nicht geholfen. Wir brauchen hier keine leeren Landschaften.» (Interview 14)

Einige Beschäftigte befürchten, dass der Braunkohleausstieg zum Niedergang der gesamten Lausitz führen wird. Am Ende, so ein Befragter mit drastischen Worten und einem imaginierten Negativszenario, blieben der Region «nur noch Rentner und Wölfe» (Interview 15). Andere Prognosen fallen weniger drastisch aus. Doch ein harter Kern der Negativszenarien bleibt. Wer seine Arbeit in der Braunkohle und bei der LEAG verliere, werde, so die realistische Wahrnehmung, in der Lausitz Vergleichbares nicht finden. Sicher werden neue Jobs entstehen, doch das Einkommen eines Bootsverleihers am Cottbusser Ostsee, einem gefluteten Tagebau, dürfte – das jedenfalls legen Erfahrungen aus anderen von Strukturbrüchen betroffenen Regionen nahe – deutlich niedriger ausfallen als die Löhne und Gehälter, die gegenwärtig in der Braunkohle gezahlt werden.

Je nach erwerbsbiografischer und familiärer Situation, Lebensalter und Qualifikationsniveau gehen die Beschäftigten unterschiedlich mit der Herausforde-

rum um, ihre individuelle Planung an das vorgezogene Ende der Braunkohle anzupassen. Nahezu alle befragten Beschäftigten fühlen sich der Region in besonderem Maße verbunden und möchten ihr weiteres Leben in der Lausitz verbringen. Abgesehen von den jüngeren Beschäftigten, die erst am Anfang ihrer beruflichen Karriere stehen und noch relativ ungebunden sind, haben fast alle Befragten eine Familie und Wohneigentum in der Region erworben. Unter den Befragten zeichnen sich drei typische Varianten individueller Bewältigungsstrategien ab, mit denen auf die antizipierten Veränderungen reagiert wird und die wir mit den Begriffen «Entscheiden», «Durchhalten» und «Aufschieben» charakterisieren.

### **(1) Entscheiden: «Entweder jetzt abspringen oder sitzenbleiben»**

Die erste Variante betrifft vor allem Beschäftigte in der Mitte ihres Berufslebens, die 2038 noch zehn oder 15 Jahre arbeiten müssen, bevor sie in Rente gehen können. Die Betroffenen stehen vor der Frage, ob sie bereits jetzt das Risiko einer beruflichen Umorientierung eingehen sollen oder ob sie stattdessen die sichere Beschäftigung bis 2038 voll ausschöpfen – dies jedoch mit dem Risiko, nach dem Braunkohleausstieg voraussichtlich nur noch schwer in einem anderen Beruf Fuß fassen zu können. Abgewogen werden muss zwischen dem gegenüber anderen Branchen nicht zu unterschätzenden Vorteil von 15 bis 20 Jahren Beschäftigungssicherheit und der Ungewissheit, wie die letzten fünf oder zehn Jahre des Berufslebens nach der Kohle gestaltet werden können.

### **(2) Durchhalten: «Wir sitzen die Sache aus»**

Für ältere Beschäftigte, die noch innerhalb des Zeitraums bis 2038 die Rente erreichen werden, stellt der Kohleausstieg *individuell* kein größeres Problem dar: «Rein persönlich für mich [...], wenn das alles so kommen sollte, wie es dort drin steht, oder ähnlich [...], ist in den Ruhestand zu gehen kein Problem.» (Interview 17) Ähnlich beschreibt eine Befragte die Haltung ihrer Kolleg\*innen: «Die kurz vor der Rente stehen, denen macht die Zahl 2038 keine Angst, weil die sagen, ist mir völlig egal, da bin ich in Rente.» (Interview 14) Mitunter sorgenvoll blickt ein Teil der Befragten jedoch auf die Zukunft der Region und die Perspektive der jüngeren Generationen: «Ich würde meinen Kindern auch gerne empfehlen, hier guten Gewissens eine Ausbildung zu machen, weil das wird auch für unser Unternehmen sehr schwierig werden.» (Interview 14)

### **(3) Aufschieben: «So lange hierbleiben, wie es geht»**

Gerade für Auszubildende und junge Berufseinsteiger\*innen erscheint das Jahr 2038 noch relativ weit weg, sodass kein konkreter Handlungsdruck gesehen wird. Diese Gruppe von Befragten hat daher größtenteils noch wenig konkrete Vorstellungen von dem, was der Kohleausstieg für sie individuell bedeuten wird.

Die skizzierten Bewältigungsstrategien in Rechnung gestellt, deutet sich an, dass die LEAG schon lange vor dem absehbaren Ende des Braunkohlebergbaus erhebliche Rekrutierungsprobleme bekommen wird. Ein Teil gerade der besonders qualifizierten Belegschaftsmitglieder könnte, passende Alternativen vorausgesetzt, vor dem Absprung stehen. Trotz hoher Löhne und guter Arbeitsbedingungen dürfte es keineswegs einfach sein, rasch geeigneten Ersatz zu finden.

## **2.4 «BUHMÄNNER DER NATION»: ABWERTUNGSERFAHRUNGEN UND MEDIENKRITIK**

Die befragten Kohlebeschäftigten eint eine gemeinsame Grunderfahrung: Sie alle betrachten sich als Objekte einer dreifachen gesellschaftlichen Abwertung. Die erste Abwertungserfahrung findet sich in allen neuen Ländern. Befragte mit Wendeerfahrung sehen sich zu erheblichen Teilen nicht nur materiell benachteiligt, sondern auch kulturell stigmatisiert. Trotz der ansonsten äußerst heterogenen sozialen Positionen gilt: Abwertungserfahrungen machen all jene, die sie teilen, tendenziell gleich (vgl. Dörre 2019; Engler/Hensel 2018). Die zweite Erfahrung sozialer Missachtung verbindet sich mit der Lausitz. Man selbst sei bodenständig und wolle nicht wegziehen. Zugleich erlebe man, wie die soziale Infrastruktur bröckele und der Zusammenhalt erodiere. Das schmerze, denn die Lausitz sei Heimat. Wer mit diesem Begriff fremdelt, dem sei ins Bewusstsein gerufen, was die Befragten mit ihm verbinden: Lausitz und Heimat sind für sie identisch mit Familie und Netzwerken, die befriedigende Sozialbeziehungen bieten. Beziehungen, die auf Vertrautheit beruhen und nicht von Ellenbogenmentalität oder Vorteilsstreben geprägt werden, sind zentraler Bestandteil gängiger Vorstellungen vom guten Leben. Wer die Lausitz missachte, stelle für viele Befragte zugleich deren Entwurf vom guten Leben infrage. Dementsprechend gereizt reagieren LEAG-Beschäftigte, wenn die Lausitz, und sei es nur rhetorisch, abgewertet wird. Die dritte Negativerfahrung betrifft die Berufstätigkeit. Ein ausgeprägter Berufs- und Produzentenstolz trifft auf gesellschaftliche Öffentlichkeiten, die Arbeitstätigkeiten im Revier mit «schmutzigen Jobs» gleichsetzen.

Diese dreifache Abwertung wird, so die verbreitete Wahrnehmung unter den Befragten, durch die Medien zusätzlich verstärkt. Die Unzufriedenheit mit der Berichterstattung über die Braunkohle und den Strukturwandel in der Lausitz ist dementsprechend groß. Perspektiven und Interessen der LEAG-Beschäftigten kämen, das jedenfalls ist die Wahrnehmung, in der Öffentlichkeit kaum vor, während die Anti-Kohle-Proteste deutlich größere mediale Aufmerksamkeit genossen. Kohlestrom und Energiewende würden «nicht objektiv betrachtet» (Interview 12). Man selbst fühle sich durch die Medien «unfair behandelt» (Interview 2), es habe eine «typische Meinungsmache» (Interview 4) gegen die Braunkohle und die in der Branche Beschäftigten gegeben. Die Kohle sei «ja als der Bösewicht abge-

stempelt» worden (Interview 16), während «der angebliche Grünexperte [...] stundenlang reden» dürfe (Interview 15).

Besonders groß ist die Enttäuschung über die lokale und regionale Presse, die nicht «im Sinne der Region»<sup>14</sup> berichte (Interview 10), sondern gewissermaßen die privilegierte Sicht der Metropolen übernommen habe (Interview 14). Die Demonstrationen der Industriegerwerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), an denen Tausende von Menschen teilgenommen hätten, hätten in Presse und Fernsehen nur kurze Erwähnung gefunden: «Wir spielten gar keine Rolle. [...] Es war gar nicht der Rede wert. Über den Hambacher Forst hat man, ich weiß gar nicht wie viele Monate, berichtet.» (Interview 11) Da die Kohle einseitig als «dreckig», «böse» (Interview 3) und «schlecht» (Interview 4) dargestellt werde, «sagt [man] ja fast schon gar nicht mehr, dass man in der Kohle arbeitet» (Interview 10) und müsse sich dafür «ja fast schämen, was traurig ist» (Interview 1). Erst seitdem der Kompromiss der Strukturkommission vorliege, sei die Berichterstattung etwas ausgewogener geworden und behandle auch zuvor nicht thematisierte Probleme wie etwa die Volatilität der erneuerbaren Energien oder die Schwierigkeit der Deckung des Energiebedarfs. In die Empörung über die wahrgenommene Einseitigkeit und Voreingenommenheit der Berichterstattung mischt sich in einzelnen Fällen eine generelle Medienkritik: gezielte Falschmeldungen der «Lügenpresse» werden angeprangert (Interview 15) oder Zweifel an der Pressefreiheit in Deutschland geäußert (Interview 8).

Die Medienberichterstattung zur Braunkohle und zum Strukturwandel verstärkt bei einem Großteil der Befragten den Eindruck, dass die Kohlebeschäftigten und ihre Interessen in der Öffentlichkeit nicht nur zu wenig vorkommen, sondern sogar massiv abgewertet werden. Das geschehe, obwohl die LEAG-Belegschaften mit dem Strom etwas produzierten, «was jeder Bürger braucht» (Interview 15). Aus dieser Erfahrung speist sich das grundlegende Gefühl, nicht mehr anerkannt, nicht mehr wertgeschätzt zu werden, wie ein älterer Beschäftigter erklärt:

«In DDR-Zeiten, da waren wir die Helden der Nation, das wurde ja immer so gesagt ... Und jetzt sind wir die Deppen oder die Bösewichte der Nation, weil wir mussten uns ja schon beschimpfen lassen als Nazis, als Mörder, als Umweltverpester und ich weiß nicht was alles! [...] Und das schmerzt.» (Interview 18)

Statt dafür wertgeschätzt zu werden, dass sie sich «Tag und Nacht, 365 Tage im Jahr, bei Wind und Wetter die Hände schmutzig machen» (Interview 18), damit Strom aus der Steckdose komme und es alle «warm und hell haben» (Interview 16), würden sich die Kohlebeschäftigten wie die «Deppen», «Bösewichte» (Interview 18) oder «Buhmänner der Nation» (Interview 3) vorkommen. Diese Abwertung ist für viele schwer zu ertragen und verletzt den in Bergbau und Energiewirtschaft traditionellen Produzentenstolz. Ihnen werde vermittelt, dass sie alles falsch machten, obwohl die

Strombedarfsdeckung ohne sie schlicht noch nicht möglich sei:

«Wir machen die Welt nicht mit Absicht böse oder kaputt, sondern wir machen die Energieversorgung für die Bundesrepublik Deutschland.» (Interview 19)

Einige der Befragten erkennen in dem, was ihnen selbst widerfährt, eine generelle Abwertung und Geringschätzung von manueller und Industriearbeit, die aber in ihren Augen den Wohlstand der Bundesbürger\*innen überhaupt erst ermöglicht habe und bis heute seine Grundlage bilde:

«Was bedeutet eigentlich wirklich noch Arbeit? Eigentlich wollen wir alle viel Geld haben und am besten im Büro sitzen, habe ich das Gefühl. Keiner will sich mehr schmutzig machen.» (Interview 10)

Insgesamt vermitteln die Befragten den Eindruck, als befänden sie sich in einer Wagenburg, die gegen vielfältige Attacken von außen verteidigt werden müsse. Im Inneren der Wagenburg herrsche weitgehend Einverständnis und Solidarität. Außen grassiere Unverständnis, Inkompetenz und Ignoranz. Der schwere Dienst für die Gesellschaft, den die Braunkohlebeschäftigten tagtäglich leisten, finde keine gesellschaftliche Wertschätzung. Das Gegenteil sei der Fall. Für alles nützliche Tun müsse man zusätzlich mit gesellschaftlicher Missachtung zahlen. Dieses Missverhältnis ist für die von uns befragten Arbeiter\*innen und Angestellten nur schwer zu ertragen.

## 2.5 ZWISCHEN LEGITIMER MEINUNGSÄUSSERUNG UND «ÖKOTERRORISMUS»: SICHTEN AUF DIE KOHLEGEGERNER\*INNEN

Erfahrungen gesellschaftlicher Abwertung prägen auch die Sicht von LEAG-Beschäftigten auf Aktionen der Braunkohlegegner\*innen. Einige Befragte zollen den Aktivitäten der Protestbewegung unter sportiven Gesichtspunkten durchaus Respekt. Man räumt ein, dass die Aktionen ausgezeichnet geplant seien und professionell durchgeführt würden. Selbst das Transparent passe haargenau auf die Förderbrücke, das sei schon perfekt gemacht und benötige sehr gute Vorbereitung, ist von einem Befragten zu hören. Anderen nötigt die große öffentliche Wirksamkeit der Proteste fast schon Bewunderung ab. Wenig überraschend haben die meisten Befragten jedoch eine sehr ablehnende Haltung gegenüber der Klimabewegung und insbesondere gegenüber jenen Formen von Protestaktionen, die auf gezielte Regelverletzungen ausgerichtet sind, etwa die Besetzung von Großgeräten oder massenhafte Blockadeaktionen, wie sie das Bündnis Ende Gelände organisiert.

Während friedliche Demonstrationen von Kohlegegner\*innen durchaus als legitim angesehen werden, lehnen die Beschäftigten weiter gehende Aktionen wie Blockaden, Besetzungen oder Sachbeschädigungen

<sup>14</sup> In dieser Formulierung steckt die Identifikation der Interessen der Braunkohleindustrie und ihrer Beschäftigten mit den Interessen der Region – eine Gleichsetzung, der die meisten Befragten unserer zweiten Erhebung deutlich widersprechen.

überwiegend strikt ab und kritisieren sie mit deutlichen Worten: «Wir leben in einem Rechtsstaat und es gibt Rechte und Pflichten für jeden Bürger. Und deswegen: Protest ja, aber nicht in der Form.» (Interview 13) «Mit der Brechstange die grüne Ideologie durchzusetzen finde ich nicht in Ordnung.» (Interview 15) Insbesondere die Aktionen im Rahmen der Proteste von Ende Gelände 2016 wie die «Erstürmung» des Kraftwerks Schwarze Pumpe werden als Beispiele für unangemessene Aktionen genannt:

«Denn manche Sachen kann man nur als Terrorismus eigentlich bewerten. Wenn ich da an die Bilder denke, [...] wo irgendwelche Gegner, sage ich mal, gegen die Kohle auf Schwarze Pumpe die Zäune eingerissen haben und auf das Gelände gegangen sind.» (Interview 9)

Kritisiert wird außerdem, dass viele Umweltaktive von außerhalb kämen und wenig Verständnis für die komplexen Zusammenhänge des Energiemixes, der Strompreise und die Bedeutung der Braunkohle für die Region hätten. Durch das Betreten des Betriebsgeländes und das Besetzen von Großgeräten brächten die Aktivist\*innen sich selbst und die Beschäftigten in Gefahr: «Sind die irre? Wie als ob ich in den OP rennen würde.» (Interview 10) Für die Maschinenführer bestehe bei Annett- oder Blockadeaktionen im schlimmsten Fall die Gefahr, für den Tod der Aktivist\*innen moralisch und juristisch verantwortlich gemacht zu werden. Dass Polizei und Justiz nur halbherzig gegen Protestformen vorgingen, die sich jenseits des legalen Rahmens bewegten, stößt auf Unverständnis.

Einige Befragte sprechen sich in den Interviews für ein härteres Durchgreifen der Polizei gegen die Demonstrant\*innen aus. Das auch, weil in ihren Augen doppelte Bewertungsmaßstäbe angelegt werden würden. Sie selbst müssten sich strikt an Recht und Ordnung halten, im Zweifelsfall auch noch die Demonstrant\*innen vor Unfällen bewahren. Letztere könnten sich hingegen Gesetzesübertretungen erlauben, weil die Öffentlichkeit auf ihrer Seite stünde. In der Wahrnehmung vieler Befragter richtet sich der Protest der Kohlegegner\*innen unmittelbar gegen die Beschäftigten selbst und wertet deren Arbeits- und Lebensleistung zusätzlich ab. Das führt zu sehr emotionalen Äußerungen über die Kohlegegner\*innen:

«Das ist doch für den rechtschaffenen Bürger, der jeden Tag auf Arbeit geht, ist das doch wie ein Faustschlag ins Gesicht. Was soll denn das, wozu soll der Lust haben, auf Arbeit zu gehen, wenn der von solchen Leuten dann beschimpft wird. [...] Die Werte, was das Volk geschaffen hat, wird einfach mit dem Fuß getreten.» (Interview 15)

Von der Abwertung der Arbeit der Beschäftigten sei letztlich die gesamte Region betroffen:

«Und irgendwie haut das auch jedem in der Region hier, gibt das so einen Arschtritt einfach nur. Weil die halt einfach nicht anerkennen, dass das hier in der Region ein wichtiger Industriezweig ist, und wenn man den sofort abschaltet, ist es hier nun mal dunkel.» (Interview 16)

Großes Unverständnis herrscht hinsichtlich der Haltung von Umweltverbänden, die in den Augen eini-

ger Befragter ein doppeltes Spiel treiben. So seien unmittelbar nach Vorstellung des Abschlussberichts der Kommission für «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» weitere Protest- und Blockadeaktionen durchgeführt worden, obwohl doch die an der Kommission beteiligten Umweltverbände dem Abschlussbericht zugestimmt hätten. Deutlich wird, dass die Umwelt- und Klimabewegungen von vielen Befragten als relativ einheitliches politisches Lager betrachtet werden. Das gesamte Spektrum der Bewegung – von der Partei Bündnis 90/Die Grünen über Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie Greenpeace bis hin zu radikaleren Strömungen wie Ende Gelände und den Besetzer\*innen des Hambacher Forsts – ist in der Wahrnehmung der LEAG-Beschäftigten ein homogener Block. Mit besonderem Unverständnis wird reagiert, wenn politische Akteure, die in der Kohlekommission repräsentiert gewesen seien und dem Abschlussbericht zugestimmt hätten, kurze Zeit später wieder öffentlichkeitswirksam ausscherten.

Vertreter\*innen der Umwelt- und Klimabewegung, die zunächst dem Abschlussbericht zugestimmt haben, um anschließend in ihrer Öffentlichkeitsarbeit für einen noch schnelleren Ausstieg zu plädieren und das Ergebnis der Kommission als nicht weitgehend genug zu kritisieren, bestärken die LEAG-Beschäftigten in ihrer Ansicht, dass gegenüber den in der Braunkohle Beschäftigten mit unseriösen Mitteln gearbeitet werde. Diese Einschätzung unterminiert das ohnehin wenig ausgeprägte Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Politik zusätzlich.

## 2.6 MIT WEM FÜR DIE LAUSITZ? KOHLE-AUSSTIEG, POLITISCHE AKTEURE UND EXTREME RECHTE

Könnte der von den Befragten geschilderte Unmut von rechts aufgegriffen werden und zu Mobilisierungserfolgen für die Partei Alternative für Deutschland (AfD) führen? Die Frage ist keineswegs aus der Luft gegriffen. Zum Zeitpunkt der Erhebung lag die AfD in Wahlumfragen für Brandenburg bei 19 Prozent, bei der Landtagswahl im September 2019 erzielte die Partei ein Ergebnis von 23,5 Prozent der Zweitstimmen.<sup>15</sup> Auf Bundesebene wie auch in der Lausitz präsentiert sich die extrem rechte Partei zudem als radikale Gegnerin des Kohleausstiegs und der gesamten Energiewende. Dass LEAG-Beschäftigte ihre Frustration über die Regierungsparteien auf Bundesebene zum Ausdruck bringen, indem sie Sympathie für die radikale Rechte äußern oder ihren Protest mit der Wahl der AfD zum Ausdruck bringen, scheint auf den ersten Blick naheliegend.

<sup>15</sup> Mit Ausnahme des Landkreises Dahme-Spreewald wurde die AfD in allen Lausitzer Landkreisen die stärkste Partei bei den Zweitstimmen. Am stärksten schnitt sie im besonders stark von der Braunkohle geprägten Landkreis Spree-Neiße (siehe Kapitel 2.1) mit 33,9 Prozent der Zweitstimmen ab.

Die Wirklichkeit ist deutlich differenzierter. Unter den 20 Befragten findet sich das gesamte Spektrum politischer Orientierung – von der Partei DIE LINKE bis zur FDP. Nur die Grünen werden einhellig abgelehnt. Viele Befragte halten von der AfD wenig bis nichts. Die Partei gilt ihnen als zu radikal, politisch konzeptlos und populistisch. Die AfD zu wählen scheint im Feld der untersuchten Braunkohlebetriebe weitgehend tabuisiert zu sein. Es gibt im Sample keine offen bekennenden AfD-Wähler\*innen, obwohl manche Befragte durchaus Sympathien für eine Politik rechts von der Christdemokratie bekunden. Ein Teil der Befragten lehnt die Politik der AfD prinzipiell ab und bringt die Sorge über das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsradikaler Kräfte deutlich zum Ausdruck: «Ich kann mit der AfD nichts anfangen. Das ist für mich schlimm genug, dass die so stark aufgekommen sind. Und die nächsten beiden Landtagswahlen hier in Sachsen und Brandenburg könnten schlimm enden. Das ist traurig», gibt etwa ein Ingenieur sein Unbehagen zu Protokoll (Interview 1). «Ich stehe für ein weltoffenes, freiheitliches, demokratisches und humanitäres Deutschland. Damit ist eigentlich alles gesagt» (Interview 13), führt ein anderer aus. Teilweise wird die Ablehnung der AfD gerade mit Verweis auf deren Energiepolitik begründet, weil die Partei nur vordergründig die Interessen der im Kohlebergbau Tätigen vertrete, in der Sache aber auf die Kernenergie setze – wie ein Angestellter erklärt:

«Die AfD ist so oder so bescheuert aus meiner Sicht. Weil sie einfach verkappte Nazis sind. Da bin ich ziemlich *straight*. Aber auch energiepolitisch macht das nicht alles Sinn, also die haben auch nicht mehr Ahnung als andere. Die mögen zwar dem einen oder anderen Kohlekumpel aus der Seele sprechen, wenn sie sagen, wir brauchen doch Kohle unendlich lang. Das ist aber an allen Realitäten vorbei. Und nebenbei fordern sie halt auch, dass man die Kernenergie wieder ausbaut. Und das spricht halt für keinen energiepolitischen Sachverstand, weil die Kernenergie als Energieträger günstiger ist als die Kohle, das heißt, auf kurz oder lang würde die Kohle aus dem Markt gepresst werden.» (Interview 16)

So sehen das jedoch nicht alle LEAG-Beschäftigten. Ein Befragter, zuvor nach eigenem Bekunden CDU-Stammwähler, bringt seine Enttäuschung über die politische Entwicklung der CDU wie folgt zum Ausdruck:

«Die CDU hat eine konservative Politik gemacht, da ging es um Arbeit und um Deutschland, dass Deutschland als Industriestandort erhalten wird. Das sehe ich nicht mehr. Entschuldigung, die sägen an allem, jeden Tag. Das ist absolut gruselig.» (Interview 10)

Zugleich verweist der Befragte auf die Pro-Kohle-Positionen der AfD und gibt an, mit Blick auf die anstehenden Wahlen zum ersten Mal nicht mehr zu wissen, ob und wen er wählen soll:

«Ich bin zum ersten Mal fast vor der Entscheidung zu sagen: Ich gehe nicht wählen. Wen soll ich denn wählen? Aus Protest müsste ich AfD wählen. Das sehen viele so. Das haben sie geschafft, die haben die Mitte der Gesellschaft dahin gedrückt. Weil die Mitte der Gesellschaft denkt eben:

Ich gehe auf Arbeit, um meine Familie durchzubringen, und hier weiß ich, dass dieses Kraftwerk jeden Tag gebraucht wird.» (Interview 10)

Sofern Sympathien für die populistische Rechte vorhanden sind, beruhen diese jedoch nicht allein auf den Äußerungen der AfD-Politiker\*innen zum Braunkohleausstieg. Die gesamte politische Entwicklung der vergangenen Jahre spielt eine Rolle. Ein Befragter erklärt rechtspopulistische Orientierungen innerhalb der LEAG-Belegschaft wie folgt:

«Richtung AfD sind sie [die Kolleg\*innen, d. A.] nicht nur wegen dieser Kohle, die sind auch wirklich mit der ganzen politischen Lage oder mit dieser ganzen politischen Abstimmung, was hier gegangen ist die letzten Jahre, nicht mehr zufrieden. Die sagen einfach: «Wozu geh' ich arbeiten? Hier kommen Millionen von Leuten rein, kriegen das Geld, ich geh' für die, auf gut Deutsch gesagt, arbeiten, meine Steuergelder werden dort ausgegeben.» Deswegen ist auch wirklich die Ansage, die wählen die AfD. Oder in die Richtung.» (Interview 8)

Manches spricht dafür, dass Wut und Enttäuschung über die etablierten Parteien, verletztes Gerechtigkeitsempfinden, aber auch Ressentiments gegen Geflüchtete und Migrant\*innen noch keine festen politischen Bindungen eingegangen sind. So gibt es auch unter den Befragten, die den Populismus der AfD klar missbilligen, äußerst ablehnende Haltungen gegenüber Einwanderung.

Möglicherweise, so lässt sich schlussfolgern, ist die AfD bisher gar nicht in der Lage, das Potenzial, das sie in der LEAG-Belegschaft durchaus hätte, umfassend auszuschöpfen und zu mobilisieren. Auch diejenigen, die mit politischen Positionen der Partei sympathisieren, sehen die rechten Populist\*innen in der Schmutzdecke des politischen Systems. Eine Alternative zur Gauland-Partei ist für einige und keineswegs nur für rechtsaffine Befragte ausgerechnet die FDP. Auch diese Partei polemisiert gegen «Klimahysterie» und gibt sich kohlefreundlich. Dem Parteichef Lindner wird attestiert, er habe vom Energiemix und dem Strompreis einiges verstanden. Dass die FDP sich vehement gegen die Finanzierung industriepolitischer Maßnahmen sperrt und den Strukturwandel dem Markt überlassen möchte, wird in entsprechenden Sympathiebekundungen ausgeklammert.

Insgesamt sind durchaus Szenarien denkbar, in denen das rechtsaffine Potenzial, das in der Belegschaft zweifellos existiert, von der AfD angesprochen und radikalisiert werden kann.<sup>16</sup> Ob das geschieht oder nicht, so der Eindruck aus der empirischen Erhebung, hängt stark mit der Deutungshoheit im betrieblichen und sozialen Nahbereich zusammen. Dabei fällt dem Unternehmen, vor allem aber den Betriebsräten und der Gewerkschaft in gewisser Weise eine Schlüsselrolle zu. Nicht nur deren soziale, wertebasierte Bindekraft, sondern auch der konkrete Umgang mit

<sup>16</sup> Bei der Landtagswahl in Brandenburg im September 2019 stimmten 44 Prozent der Arbeiter\*innen für die AfD (Kahrs 2019).

Sympathisant\*innen rechter Organisationen und Parteien dürfte mit darüber entscheiden, wie sich die Belegschaft im politischen Raum orientiert. Ein Angestellter, der auch aktives Gewerkschaftsmitglied ist, bemerkt dazu:

«Von daher ist es ganz wichtig, finde ich, nicht Paragraphen auszuschreiben, wir schmeißen alle raus, die irgendwie AfD wählen, mal angenommen, sondern ich finde es halt wichtiger, mit den Leuten, wo man merkt, die sind irgendwie populistisch unterwegs, mit denen halt einfach mal zu sprechen und die mal zu fragen, was los ist, und denen vielleicht halt einen anderen Weg aufzuzeigen und denen zu erklären, warum es vielleicht nicht so klug ist, und dann halt auch mit gewerkschaftlichen Grundstrukturen zu überzeugen. Dass es halt doch mehr gibt, als einfach jemand anderen dafür schuldig zu machen.» (Interview 16)

Zur sozialen Realität, wie sie uns in den Interviews berichtet wird, gehört allerdings auch, dass selbst aktive Betriebsräte eine inhaltliche Auseinandersetzung mit AfD-Positionen nicht (mehr) führen. Die AfD und Parteipolitik allgemein werden aus der betrieblichen Interessenvertretung ausgeklammert. In der Gesamtschau ergibt sich ein widersprüchliches Bild. In der Belegschaft, das jedenfalls legen unsere Interviews nahe, herrscht große Desillusionierung gegenüber der Berliner Politik und ihrem Spitzenpersonal. Dabei mischen sich Wut über die Energiepolitik, teilweise aber auch hinsichtlich der Migrations- und Asylpolitik mit dem Gefühl, politisch regelmäßig übergangen und von einem vermeintlich «grünen» Zeitgeist und dessen ak-

tivistischen Akteur\*innen aus ideologischen Motiven abgewertet zu werden. Man fühlt sich von der nationalen Politik verlassen und von großen Teilen der Gesellschaft regelrecht ausgestoßen. In der Braunkohle tätig und in der Lausitz verwurzelt, empfindet man sich als unverstanden und, ähnlich wie es die Soziologin und Feministin Arlie Hochschild für Teaparty-Anhänger\*innen im tiefen Süden der USA beschreibt, «fremd im eigenen Land» (Hochschild 2016).

Wahrscheinlich ist es den im Unternehmen verbreiteten, durch Betriebsräte und Gewerkschaften bestärkten solidarischen Grundorientierungen zu verdanken, dass sich dieses Fremdheitsgefühl nicht noch stärker in Richtung eines radikalen Rechtspopulismus bewegt hat. Die schwierige Gemengelage im Braunkohlerevier vor Augen, ist keineswegs ausgemacht, dass dies so bleibt. Jede Politik, die als zusätzliche Missachtung und Herabwürdigung der Arbeiter\*innen und Angestellten erlebt wird, könnte die vielen, die um ihren beruflichen Status, die Perspektiven ihrer Kinder und die Zukunft der Region fürchten, in die Arme der radikalen Rechten treiben. So weit muss es aber nicht kommen. Gelänge es zu zeigen, dass eine positive Entwicklung in der Region trotz des notwendigen Braunkohleausstiegs möglich ist, ließe sich der AfD, die eine solche Perspektive blockiert, wahrscheinlich Schritt für Schritt das Wasser abgraben. Das jedenfalls ist eine Hoffnung befragter Betriebsräte und Gewerkschafter\*innen, die sich eindeutig gegen die radikale Rechte positionieren.



### 3 SICHTWEISEN VON UMWELTAKTIVEN UND TAGEBAUGEGER\*INNEN

Halten wir zusammenfassend fest: Offenkundig hat sich bei den Beschäftigten der LEAG eine Tiefengeschichte verfestigt, die durchaus Ähnlichkeiten mit jener *deep story* aufweist, die Arlie Hochschild bei Anhänger\*innen der Tea-Party-Bewegung in den USA gefunden hat. Als Tiefengeschichte bezeichnet die Soziologin alltägliche Weltansichten, die «sich für viele Menschen wie die eigentliche Wahrheit» anfühlen (Hochschild 2018: 27). Arlie Hochschild beschreibt das zentrale Motiv der von ihr rekonstruierten *deep story* als «Pilgerfahrt in einer langen Schlange am Fuße eines Berges», der den «amerikanischen Traum symbolisiert» (ebd.). In der Schlange geht es nicht vorwärts, der Aufstieg findet nicht statt, während andere, die neu dazukommen, an den Wartenden vorbeiziehen. Die Tiefengeschichte der Braunkohlebeschäftigten enthält ein etwas anderes Bild: Man selbst hat es durchaus und mit erheblichen Mühen ein Stück weit hinauf auf den Berg geschafft. Doch diese Leistung wird von der Gesellschaft nicht mehr anerkannt. Im Gegenteil, es werden verschiedenste Abwertungsmechanismen eingesetzt, um jene, die es geschafft haben, nun wieder zum Abstieg zu zwingen.

Diese Tiefengeschichte lässt sich nicht einfach entkräften, denn sie beruht sowohl auf realen Erfahrungen als auch auf antizipierten Fehlentwicklungen, die sich nicht einfach von der Hand weisen lassen. Während der Nachwendezeit haben viele Befragte einen dramatischen Strukturwandel in der Lausitz miterlebt. An die gebrochenen Versprechen der Wendejahre und die gescheiterten strukturpolitischen Projekte der letzten Jahrzehnte erinnert man sich in der Region noch genau. Entsprechend skeptisch werden die Pläne zum erneuten Strukturwandel im Zuge des Kohleausstiegs betrachtet. Gleichzeitig sehen die Beschäftigten der Braunkohleindustrie ihre Arbeits- und Lebensleistung (die zuverlässige Versorgung des Landes mit Energie) missachtet und sich der gesellschaftlichen Abwertung ausgesetzt – nicht zuletzt im Rahmen der Klimaproteste, die als gegen die Beschäftigten selbst gerichtet wahrgenommen werden.

In der Öffentlichkeit kommen die Braunkohle und die im Braunkohlebereich Beschäftigten nach eigenem Bekunden nicht gut weg. Braunkohle gilt als schmutziger Energieträger der Vergangenheit und in den Auseinandersetzungen um Klimaschutz und Kohleausstieg wird bisweilen wenig zimperlich mit den Betroffenen umgegangen. Die auf einem Transparent abgebildete und von einer grünen Politikerin verbreitete Botschaft «Ob Nazis oder Kohle – braun ist immer Scheiße» hat sich tief im kollektiven Gedächtnis der LEAG-Beschäftigten eingegraben.<sup>17</sup> Zugespielt formuliert: Nach Ansicht der Braunkohlebeschäftigten verstärken Anhänger\*innen der ökologischen Bewegungen – teilweise sicherlich unbeabsichtigt, mitunter aber durchaus gewollt – das

Empfinden sozialer Missachtung und Abwertung aufseiten der LEAG-Beschäftigten. Das Ergebnis sind Sprachlosigkeit und wechselseitige Abschottung – so jedenfalls lautet der Tenor der Beschäftigtenbefragung im Rahmen der ersten Erhebung (Lausitz I).

Die empirischen Recherchen unserer Lausitz-II-Studie ergeben ein komplett anderes Bild. Anders als bei den LEAG-Beschäftigten stoßen wir im heterogenen Lager der in Umwelt- und Klimaschutzbewegungen Aktiven sowie der von der Erweiterung der Tagebaue Betroffenen nicht auf eine gemeinsame Tiefengeschichte. Dennoch finden sich bei den Deutungen des Kohlekonflikts zahlreiche Gemeinsamkeiten, die einen deutlichen Kontrast zur *deep story* der Bergbaubeschäftigten darstellen. Die Unterschiede beginnen bei der Bedeutung der Braunkohle für die Region. Nahezu alle der im Rahmen der zweiten Erhebung Befragten relativieren den regionalwirtschaftlichen Nutzen der Branche erheblich und viele Interviewpartner\*innen zeichnen zudem ein völlig anderes Bild von der LEAG und deren industriepolitischen Aktivitäten. Dabei unterscheidet sich die Sicht auf die Beschäftigten in der Braunkohleindustrie, denen auch von den Gegner\*innen des Bergbaus weitgehend Anerkennung gezollt wird, von der Sicht auf das Unternehmen LEAG und ihre Vorgängerunternehmen.

#### 3.1 «NICHT MEHR DER SCHRITTMOTOR»? SICHTWEISEN AUF LEAG UND BRAUNKOHLEINDUSTRIE

Viele der befragten Kohle- oder Tagebaugegner\*innen beklagen eine enge Verflechtung von Kohleproduktion und staatlicher Macht, die noch aus der DDR-Zeit herühre. Die LEAG und ihre Vorgängerunternehmen seien eng mit den Entscheidungsträger\*innen in Landes- und Kommunalpolitik vernetzt, deshalb könnten die Interessen der Kohleproduktion – mit keineswegs immer juristisch einwandfreien Methoden – durchgesetzt werden. Diese Kritik geht bis hin zu offenen Korruptionsvorwürfen gegen Verantwortliche in Politik und Verwaltung. Aus Sicht von Befragten, deren Ortschaften von Umsiedlung und Abbaggerung bedroht sind und die sich dagegen zu wehren versuchen, agieren die LEAG und ihre Vorgänger geschickt und perfide, indem sie mithilfe einer gezielten Ansiedlung von Kohlebeschäftigten die Spaltung von Dorfgemeinschaften vorantreiben würden. Auch in der regionalen Öffentlichkeit zeige sich der große Einfluss der Kohleinteressen:

«Hier ist alles ein Filz, wirklich, seit Jahrzehnten ist alles ein Filz. Hier wird die Meinung gemacht, bestimmte [Leute,

<sup>17</sup> Die betreffende Politikerin hat sich öffentlich entschuldigt. Das spielt in den Interviews aber keine Rolle. Das Empfinden kollektiver Abwertung ist bei den LEAG-Beschäftigten allgegenwärtig.

d. A.] sind alle miteinander verbunden und wer Kritik an der Kohle auch nur ansatzweise erkennen lässt, ist eigentlich raus [...]. Das ist ein Ergebnis von, ich sag es mal, Propaganda.» (Interview II-13)

Die Interessen in anderen Wirtschaftsbereichen, vor allem von kleineren und mittelständischen Unternehmen, seien dagegen von der Politik zugunsten der einseitigen Bevorzugung der Braunkohle vernachlässigt worden. Auch habe man die rechtzeitige Entwicklung von Alternativen versäumt.

Große Sorgen machen sich die Interviewten hinsichtlich der Frage, ob die Rückstellungen der LEAG für die Rekultivierung ehemaliger Tagebauflächen ausreichen werden.<sup>18</sup> Wäre das nicht der Fall, müsste die Bewältigung der Folgen des Braunkohlebergbaus am Ende aus öffentlichen Geldern finanziert werden. Zum Teil wird auch bezweifelt, dass die entsprechenden Rücklagen überhaupt noch ordnungsgemäß vorhanden sind. Zudem wird befürchtet, dass die von Vattenfall für diese Zwecke bezahlten Mittel im Umfang von 1,7 Milliarden Euro abgezweigt werden könnten und sich die LEAG durch Insolvenz ihren Verpflichtungen entziehen könnte:

«Ich glaube schon, dass er [der LEAG-Eigentümer, d. A.] die 1,7 Milliarden – von dem, was noch über ist – so lange verwendet, um die Leute noch finanziell und so weiter und [zieht, d. A.] dann die Reißleine: «Pleite.» So und dann ist das Ding da und dann hat nämlich der Steuerzahler alles am Arsch.» (Interview II-14)

In diesem Zusammenhang ist die Einschätzung verbreitet, dass die Braunkohleförderung und -verstromung schon aus wirtschaftlichen Gründen langfristig nicht mehr gangbar ist. Der Einstieg des tschechischen Investors EPH sei «ein hochspekulativer Akt» (Interview II-13) gewesen. Im Vordergrund stehe jetzt das Interesse des Unternehmens LEAG, staatliche Entschädigungszahlungen und Fördergelder in Anspruch zu nehmen: «Es ist Fakt, dass dieser Industriezweig irgendwann nicht mehr gebraucht wird. Aber hier geht es plötzlich um große Entschädigungszahlungen.» (Interview II-11)

Schließlich wird – in deutlichem Unterschied zur Sichtweise der LEAG-Beschäftigten – die Bedeutung der Kohle für die Lausitz relativiert. Die Braunkohle stelle nur einen Teil der Lausitzer Wirtschaft dar und sei nicht mit der gesamten regionalen Ökonomie identisch, auch wenn das seitens der Braunkohleindustrie gern so dargestellt werde. Verwiesen wird auf abnehmende Beschäftigtenzahlen und die Existenz zukunfts-trächtiger Wirtschaftszweige, die nichts mit der Kohle zu tun haben (zum Beispiel Chemieindustrie und Fertigung von Windrädern). Auch innerhalb der regionalen Wirtschaftsverbände sei die Braunkohle nicht mehr dominant und verliere an Relevanz:

«Bei der letzten Vorstandswahl für die IHK [Industrie- und Handelskammer, d. A.] hat auch der Vorstandsvorsitzende der LEAG kandidiert und er ist nicht gewählt worden. Ich sehe es als Botschaft, dass die Wirtschaft allgemein hier in der Region erkannt hat, das ist nicht mehr der Schrittmotor.

Es ist anderes, es ist kleinteiliger, es ist auch eben, woanders zu arbeiten.» (Interview II-4)

Deutlich wird, dass sich zwischen den Befragten bereits die Wahrnehmung der Ausgangssituation erheblich unterscheidet. Während für die Kohlebeschäftigten das Unternehmen LEAG und die Vorgängerunternehmen hinsichtlich der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen einen Leuchtturm darstellen und das wirtschaftliche Rückgrat der gesamten Region bilden, gilt den Umweltaktiven die Braunkohleindustrie als eng mit dem Staat verflochtener Akteur, der mit zweifelhaften Methoden dafür Sorge, dass der tatsächliche und seit Langem im Gange befindliche Bedeutungsverlust der Branche in der regionalen Öffentlichkeit nicht angemessen nachvollzogen werde.

### 3.2 GETEILTE UNSICHERHEIT, ZU SPÄTER AUSSTIEG: ÖKOLOGISCHE FOLGEN DES BRAUNKOHLEABBAUS

Die Notwendigkeit von Verbindlichkeit und langfristiger Planungssicherheit wird auch aufseiten der Tagebaubetroffenen und Umweltaktiven betont. Angesichts langanhaltender Unsicherheit, ob Dörfer umgesiedelt und abgebagert werden oder nicht, stellt sich die Frage, inwieweit es sich überhaupt noch lohnt, etwa in die Renovierung des eigenen Hauses zu investieren. Demzufolge leben die Bewohner\*innen von Ortschaften, deren Zukunft immer noch unklar ist, seit Langem «in der Schweben». Ähnliches gilt für angrenzende Ortschaften, die zwar nicht von Umsiedlung und Abaggerung bedroht sind, aber in Zukunft möglicherweise unmittelbar an einen Tagebau angrenzen werden. Auch für Bewohner\*innen, die zur Umsiedlung bereit sind, ist die andauernde Ungewissheit problematisch:

«Immer dieses Damoklesschwert: Was wird nun kommen für die Umzugswilligen? Für die, die bleiben wollen? Für die Angestellten, für die Gegner? Das ist alles so eine Schweben und das frisst Energie.» (Interview II-12)

Der Wunsch nach Klarheit und eindeutigen Entscheidungen könnte ein gemeinsames Interesse von Bergbaubeschäftigten und Tagebaubetroffenen darstellen, wie es ein Befragter, der in einer Gemeinde unweit eines Tagebaus lebt, als Hoffnung formuliert:

«Seit diesem «wir verschieben noch mal» gibt es so eine ganz leichte Annäherung, so eine «Solidarität der Verunsicherten» will ich das mal nennen.» (Interview II-10)

Einigkeit besteht zwischen den befragten Bergleuten und den übrigen Befragten zumindest dahingehend, dass die Fragen des Kohleausstiegs und des Strukturwandels viel zu spät angegangen und von den Entscheidungssträger\*innen verschleppt worden seien.

Im Unterschied zu den LEAG-Beschäftigten findet sich bei den übrigen Befragten eine weitaus optimistischere Haltung gegenüber der technischen Machbarkeit des Ausstiegs. Wenngleich die Begrenztheit

<sup>18</sup> Laut LEAG-Beschäftigten erfolgt die Bildung der entsprechenden Rückstellungen aus dem laufenden Betrieb, sodass sich hier eine kürzere Laufzeit tatsächlich problematisch auswirken könnte.

der eigenen Kenntnisse in diesen Fragen teilweise klar benannt wird, vertrauen die Befragten auf die Lösbarkeit der entsprechenden Herausforderungen und die Expertise der dafür zuständigen Fachleute. Ein klares Ausstiegsdatum würde zudem erst zum nötigen Handlungsdruck führen, entsprechende Lösungen zu entwickeln:

«Ich traue deutschem Ingenieursgeist eine Menge zu. Und ich glaube, solange man kein festes Datum hat, muss man sich damit nicht beschäftigen.» (Interview II-10)

Durchaus klar ist aber auch, dass die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben ist und Entscheidungen über den zukünftigen Energiemix auch eine Kostenfrage sind.

Das Ergebnis des sogenannten Kohlekompromisses wird aus klimapolitischer Sicht von vielen Befragten mit Skepsis betrachtet, da der vollständige Ausstieg aus der Braunkohleverstromung viel zu spät komme. Ein Teil der befragten Lausitzer\*innen, die sich kritisch gegenüber der Braunkohleindustrie positionieren, geht deswegen davon aus, dass die politischen Entscheidungen im Rahmen des «Kohlekompromisses» zugunsten eines schnelleren Kohleausstiegs revidiert werden müssen:

«Das wird viel zeitiger passieren, der Kohleausstieg. [...] Bin ich fest von überzeugt, weil das Klima, der Klimawandel einfach uns in den Arsch treten wird, erst mal auf Deutsch gesagt.» (Interview II-15)

Über den Klimawandel hinaus berichten die Befragten zudem von einer Vielzahl weiterer ökologischer Probleme, die im Zusammenhang mit der Kohleförderung auftreten. Dazu gehören insbesondere die Wasserproblematik, die unter anderem hohe Verdunstung aus Tagebauseen, die zu Wasserknappheit führen können, Übersäuerung von Gewässern, Grundwasserabsenkungen und Waldschäden durch Trockenheit beinhaltet, aber auch Rutschungen von Böschungen an Tagebauseen. Aus landwirtschaftlicher Sicht sei die Bergbaufolgelandschaft nicht mehr intensiv nutzbar, so ein ortsansässiger Landwirt.

Wie sich zeigt, stellen langfristige Planungssicherheit und die Verbindlichkeit politischer Entscheidungen ein gemeinsames Interesse beider Befragtengruppen dar – bei allen Differenzen in der Einschätzung der Energiewende und des Kohleausstiegs (hinsichtlich Dringlichkeit, Zeitplan und Machbarkeit). Dies dürfte auch für andere Branchen in der sozial-ökologischen Transformation gelten. Gleichzeitig stellt sich die Frage, inwieweit angesichts sich wandelnder wissenschaftlicher Erkenntnisse und der Eigenlogik politischer Entscheidungsprozesse tatsächlich abschließende Verbindlichkeit für alle Beteiligten hergestellt werden kann.

### 3.3 «DIE MÜSSEN SICH BEWEGEN»: FACHKRÄFTEMANGEL UND STRUKTURWANDEL «VON UNTEN»

Die Befürchtung einer «zweiten Wende» mit entsprechenden ökonomischen und sozialen Folgen wird von den Gegner\*innen der Braunkohleförderung und -ver-

stromung nicht geteilt. Im Vergleich zur Situation Anfang der 1990er Jahre sei die Bedeutung der Braunkohle für die regionale Ökonomie deutlich geringer und werde seitens der Kohlelobby gezielt übertrieben:

«Es gibt ja dieses kollektive Trauma Anfang der 90er Jahre, und man hat natürlich versucht, die Darstellung des Kohleausstiegs immer so zu machen, dass es die Leute an damals erinnert. Objektiv kann das ja gar nicht so sein. Also wir haben [...] jetzt nicht mehr 100.000 Leute in der Kohle, sondern 7.000.» (Interview II-3)

Relativiert wird die Sorge vor dem Arbeitsplatzverlust der Kohlebeschäftigten von vielen Befragten durch den Verweis auf das relativ hohe Durchschnittsalter der LEAG-Belegschaft. Die meisten Beschäftigten müssten gar keine neuen Stellen suchen, da sie bereits im Laufe der Restlaufzeit der Kohleverstromung in Rente gehen könnten. Zudem herrsche in der Region in vielen Branchen Fachkräftemangel.<sup>19</sup> Selbstständige Unternehmer\*innen im Handwerk hätten Probleme, Nachfolger\*innen zu finden. Alternativen zur Beschäftigung in der Braunkohleindustrie seien also gegeben – wenn auch nicht zu den gleichen Konditionen wie im Bergbau:

«Es geht nicht darum, dass da Tausende Leute arbeitslos werden, sondern dass Hunderte Leute vielleicht weniger verdienen würden.» (Interview II-3)

Zudem erstreckte sich die Phase, in der die Kohlebeschäftigten sich beruflich neu orientieren müssten, über einen längeren Zeitraum, flankiert von staatlicher Unterstützung: «Sie haben 20 Jahre Zeit und es wird Geld ohne Ende fließen, was nicht allen so gefällt, aber gut, dann fließt es eben.» (Interview II-13)

In diesem Zusammenhang wird die Situation der Kohlebeschäftigten mit der Situation von Beschäftigten in anderen Wirtschaftszweigen verglichen, wo langfristige Beschäftigungssicherheit keineswegs selbstverständlich sei:

«Und die Frage mit dem Arbeitsplatz, das ist zum Beispiel ein Punkt, ja, ich sag mal ruhig, der mich ein bisschen ärgert. Erklären Sie nämlich mal einem [...], der nicht bei der LEAG beschäftigt ist: ‚Dein Arbeitsplatz ist nur noch die nächsten 20 Jahre sicher.‘ Jemand in der freien Wirtschaft.<sup>20</sup> Der jubelt. Wo gibt es das noch?» (Interview II-10)

Angesichts der Tatsache, dass in anderen Bereichen des Arbeitsmarktes Arbeitnehmer\*innen im Laufe ihres Berufslebens hohe Flexibilität und teilweise mehrfache berufliche Neuorientierungen abverlangt werden, fordern einige Befragte diese Flexibilität auch von den Kohlebeschäftigten:

«Arbeit lässt sich überall finden in dieser Arbeitswelt zurzeit, also das ist – aus meiner Sicht – gar kein Argument mehr. Also auch der gute Arbeitsplatz in der Kohle ist für mich gar kein Argument. Ich denke, man kann in jeder Branche Arbeit finden, es wird überall gesucht, und es werden vor al-

<sup>19</sup> Zum Teil wird von den Befragten argumentiert, dass die überdurchschnittlich guten Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen in der Braunkohleindustrie zum Personalmangel in anderen Bereichen geführt hätten. <sup>20</sup> Die LEAG wird offenbar selbst nicht der freien Wirtschaft, sondern noch immer der alten Planwirtschaft zugerechnet.

len Dingen *gute* Leute gesucht. [...] Und selbst in der LEAG, die sind alle gut ausgebildet, die finden als Maschinist oder was weiß ich, wie die Berufsgruppen dort heißen, die finden Arbeit. Die müssen sich bewegen.» (Interview II-12)

Die Befürchtungen einer erneuten Abwanderungswelle aus der Region halten viele Befragte für übertrieben. Viele strukturelle Probleme der Region – unter anderem Bevölkerungsschwund, Fachkräftemangel und unzureichende Verkehrsinfrastruktur – bestünden schließlich unabhängig von der Braunkohleindustrie auch in den Teilen der Lausitz, die nicht von der Kohle geprägt seien. Dennoch verstehen viele Befragte die Skepsis vieler LEAG-Beschäftigter gegenüber den versprochenen Maßnahmen zur Gestaltung des Strukturwandels. Wengleich einzelne Vorschläge wie etwa die Verbesserung der Bahnanbindung oder die Ansiedlung von Forschungsinstituten durchaus begrüßt werden, ist die Sorge verbreitet, dass die Milliarden zur Strukturförderung «versickern» und Fördergelder zweckentfremdet werden könnten.

Die staatlich geförderte Ansiedlung großer Industriebetriebe – wie es einige LEAG-Beschäftigte einfordern – wird teilweise kritisch gesehen und als Ausweis einer verbreiteten «Großbetriebsmentalität» gewertet. Statt selbst aktiv zu werden, warte man lieber auf Lösungen von oben. Diese Passivmentalität wird von den Befragten auf Erfahrungen und tradierte Muster aus DDR-Zeiten zurückgeführt, die auch nach der Wende noch in den Braunkohleunternehmen und in der Region fortbeständen:

«Ich muss mich auch nicht kümmern, ich muss nicht nachdenken, es ist alles einfach. Es kümmert sich jemand um mich, wie schon immer hier in der Region. Es hat sich schon immer irgendjemand gekümmert. Ob es die Politik, die DDR war oder ob es dann der Großbetrieb war, der mein ganzes Leben organisiert, meine Freizeit mitgestaltet hat.» (Interview II-12)

Stattdessen müsste der Strukturwandel stärker «von unten», von Akteur\*innen aus und in der Region gestaltet werden. Im Fokus müssten kleine und mittelständische Unternehmen stehen, die bislang seitens der Landes- wie der Kommunalpolitik zugunsten der Braunkohleindustrie vernachlässigt worden seien: «Es muss ein Masterplan kommen. Die Leute dürfen aber nicht auf Berlin warten, der Plan muss hier vor Ort entwickelt werden. Hier müssen die Akteure sitzen.» (Interview II-7) Gleichzeitig ist ein Teil der Befragten unserer zweiten Erhebung allerdings skeptisch, ob dies angesichts wachsender Strukturprobleme – Abwanderung von Menschen, die als innovative Gründer\*innen infrage kämen, mangelnde Attraktivität der Region sowie nicht zuletzt die Problematik eines erstarkenden Rechtsextremismus – überhaupt möglich ist.

Im Unterschied zu den Stimmen, die auf Eigeninitiative und mittelständisches Unternehmertum setzen, vertritt ein Teil der von uns befragten Umweltaktiven eine explizit wachstumskritische Haltung. Dementsprechend werden Maßnahmen zur Bewältigung des Strukturwandels hinsichtlich ihrer Ausrichtung auf

ökonomisches Wachstum bewertet. Vermieden werden soll,

«dass man jetzt irgendwelche Zukunftsbranchen hier ansiedelt, die lauter Dinge produzieren, die nie ein Mensch je gebraucht hat, aber die sich irgendwie an den Mann oder an die Frau bringen lassen, weil man ihnen das aufschwätzt oder irgendwelche Vorschriften erfindet, dass die das jetzt alle brauchen müssen.» (Interview II-3)

Kritisiert wird in diesem Fall auch die gewerkschaftliche Forderung nach steigenden Löhnen, da diese mit dem angestrebten Ende des Wachstumszwangs unvereinbar seien.

Für einige Befragte ist *degrowth* (Wachstumskritik) als gezieltes Schrumpfen, das sich an Kriterien für ein gutes Leben orientiert, eine positive Vision, gerade auch angesichts der Probleme der Region:

«Man könnte ja auch eine sexy Zukunftsvision einer Schrumpfungsprognose [entwickeln, d. A.], also zu sagen, wir lassen es schrumpfen, aber auf eine angenehme Art und Weise. Nur Schrumpfen ist ein Begriff, wo alle Sirenen sofort losgehen. Und keine kreuzt das mehr an. Und deswegen schreien alle Politiker, suchen sich zu überbrüllen mit dem Wort Wachstum. Und in der Situation sind wir.» (Interview II-16)

Deutlich wird also, dass es sehr unterschiedliche Vorstellungen davon gibt, was eine gute Zukunft für die Lausitz ausmacht und wie der Weg dorthin aussieht. Die Vorstellungen reichen von der Orientierung am Status quo (gut bezahlte Arbeitsplätze in der Großindustrie wie aktuell bei der LEAG gegeben) über Pläne für eine ökologische Modernisierung (etwa hinsichtlich Speichertechnologie oder des Ausbaus öffentlicher Verkehrsmittel) oder eher vage Vorstellungen einer kleinteiligeren, mittelständischen Wirtschaftsstruktur bis hin zur Absage an ökonomisches Wachstum als zentrale Zielgröße. Es geht um weit mehr als nur um die Braunkohle. Mit den unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen ist auch die Frage verbunden, wer für den regionalen Strukturwandel verantwortlich ist und die entsprechenden Entscheidungen treffen soll («die Politik» versus die Menschen und die Zivilgesellschaft vor Ort). Auch dies dürfte keineswegs nur auf die Lausitz zutreffen, sondern auch für weitere sozial-ökologische Transformationskonflikte gelten.

### 3.4 KAMPF UM ANERKENNUNG: MEDIEN UND REGIONALE ÖFFENTLICHKEIT

Überraschenderweise kritisieren auch die in der zweiten Erhebung befragten Lausitzer\*innen die regionalen Medien – und zwar unter umgekehrtem Vorzeichen. Ihrer Wahrnehmung nach berichtet die regionale Presse unausgewogen und tendenziös zugunsten der Braunkohle und zeichnet ein verzerrtes Bild von der Umweltbewegung. «Geschickt getarnt» (Interview II-11) würden die regionalen Zeitungen im Sinne der Kohleindustrie berichten und dafür mit großzügigen Anzeigen belohnt. Beklagt wird, dass in der Debatte um die Braunkohle die Seite der Kohlebefürworter\*innen mit polemischer Stimmungsmache auffalle. Kritisiert wer-

den aber weniger die Bergleute als die Aktivitäten der LEAG, von Lobbyorganisationen sowie der Gewerkschaft IG BCE. Hier sei der Ursprung für verbreitete Zerrbilder: «Also die Bergleute haben sich das nicht ausgedacht, das haben sich natürlich die Gewerkschaftsfunktionäre und die Presseabteilungen ausgedacht.» (Interview II-3)

Insbesondere dem Verein Pro Lausitzer Braunkohle e. V., dessen Aktivitäten von mehreren befragten Bergleuten positiv hervorgehoben werden, wird vorgeworfen, mit persönlichen Angriffen und unsachlichen Darstellungen zu arbeiten. Es werde versucht, die kohlekritischen Stimmen in der Öffentlichkeit gezielt zu diskreditieren, etwa dahingehend, dass Tagebaubetroffene nur an möglichst hohen finanziellen Entschädigungen interessiert seien. In kostenlosen Veröffentlichungen fänden sich Artikel mit «unflätigsten Anwürfen gegen die «Ökoterroristen», gegen die Merkel-verrückte, grünennahe Politik und das Ende des Abendlandes, aber wirklich in einem Stil, das ist hanebüchen» (Interview II-13). Ein engagierter Tagebaugegner berichtet davon, dass er an seinem Wohnort Anfeindungen und Angriffen bis hin zum Sprengen des Briefkastens ausgesetzt sei.

In der Folge sei die öffentliche Diskussion sehr aufgeheizt. Die Spaltung der Öffentlichkeit mache sich vor allem in den Dörfern bemerkbar. Spürbar sei, «dass was kaputtgegangen ist [...] zwischen den Menschen durch diesen ganzen Konflikt überhaupt» (Interview II-12).

Insgesamt gebe es aber in der Bevölkerung der Lausitz keine klare Mehrheit für oder gegen die Kohle. Das Ziel der Engagierten sei keineswegs eine klare Blockbildung: «Wir möchten uns nicht in irgendeine Feindesstellung zu den Mitarbeitern stellen.» (Interview II-13) Fast alle befragten Umweltaktiven betonen, dass sie in ihrem Engagement um eine Debatte mit sachlichen Argumenten bemüht seien – im Unterschied zur Kohlelobby, aber auch zu radikalen Klimaschützer\*innen:

«Ich kenne keinen Vorgang, wo die Tagebaubetroffenen oder die Umweltverbände die Kohlebeschäftigten als Person abgewertet haben. In irgendeiner Pressemitteilung, in irgendeinem Interview, irgendwo, irgendwas. Das kenne ich nicht. [...] Ich kenne das bei Ende Gelände und Hambacher Forst, da kommt das dann vor, bei diesen radikalen Klimaaktivisten außerhalb der Lausitz, da kommt das dann vor. Hat es aber jetzt in der Debatte in der Region nie gegeben. Andersherum allerdings lebt der Pro-Braunkohle-Verein in seiner Öffentlichkeitsarbeit von Anfang an davon, Andersdenkende persönlich abzuwerten.» (Interview II-3)

Bei aller Kritik an Medien und Kohlelobby äußern dagegen fast ausnahmslos alle in der zweiten Erhebung befragten Lausitzer\*innen ihre Anerkennung und ihren Respekt gegenüber den Beschäftigten in der Braunkohle und ihren Leistungen. Anerkannt wird, dass die LEAG-Beschäftigten eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe erfüllen:

«Na klar haben die eine ganz wichtige Arbeit. Ohne die würde es wirklich finster bleiben im Moment noch in un-

seren Haushalten. Und nichts würde funktionieren. Das ist schlicht so.» (Interview II-10)

Die Anerkennung der Leistungen der Kohlebeschäftigten und der Einsatz für ein Ende der Braunkohleförderung und -verstromung stellen für die Befragten keinen Widerspruch dar. Zweifellos sei die Kohle von großer Bedeutung gewesen, aber dies – so die verbreitete Haltung – habe sich mittlerweile geändert. Einer der Befragten hat zu DDR-Zeiten selbst eine Zeitlang in der Kohleindustrie gearbeitet und formuliert es folgendermaßen:

«Ich habe einen Kollegen gehabt, der im Bergbau als Ingenieur gearbeitet hat, und der hat zu mir immer gesagt: «Na [...], das kann doch nun nicht alles schlecht gewesen sein.» Also so, so jetzt als Bilanz oder so. Und ich sage: «Nee, ist es nicht. Alles hat seine Zeit.» [...] Und mit der Kohle ist es eben vorbei.» (Interview II-4)

Ähnlich äußert sich ein Bewohner eines von Abbaggerung bedrohten Dorfes:

«Wir sind auch nicht gegen dieses Lebenswerk von den Leuten. Aber alles hat seine Zeit – das haben wir gelernt – und die Kohle hatte ihre Zeit und die war ganz wichtig. Und wie gesagt, zu DDR-Zeiten hätte ich persönlich dieses Haus noch abgerissen, damit hier die Kohle schnell rausgebaggert wird und unser Staat hätte prosperieren können, also hätte wachsen können und so weiter. Aber das ist vorbei. Und deswegen sage ich: «Nö, wir bleiben hier.»» (Interview II-7)

Wertschätzung gegenüber den Kohlebeschäftigten könnte aber auch gerade darin bestehen, so ein Befragter, ehrlich mit dem Ende der Kohle umzugehen und Perspektiven aufzuzeigen, anstatt zu suggerieren, dass die Kohleförderung noch lange Zeit fortgeführt werden könne. Gleichzeitig regt sich unter den Befragten – bei aller Anerkennung – Widerspruch gegenüber der in der Region traditionell herausgehobenen Rolle der Bergleute, die ein hohes Sozialprestige genossen. Ausdruck dieser traditionellen Haltung ist der vielzitierte Spruch «Ich bin Bergmann, wer ist mehr?». Diese Überbetonung der Bedeutung der Arbeit im Bergbau ist für einen Teil der Befragten gleichbedeutend mit einer impliziten Abwertung anderer Tätigkeiten, etwa im Handwerk oder in der Pflege:

«Es ist keine Wertschätzung da gewesen für alle die, die auch arbeiten in anderen Branchen. Und die vielleicht keinen geregelten Tarifvertrag hatten, ja, die also unter anderen schweren Arbeitsbedingungen arbeiten mussten, jahrelang, und das aber gerne gemacht haben. Das aber null ..., es auch gesellschaftlich keinen Wert hat.» (Interview II-12)

Deutlich wird, dass die Lausitz nicht nur für die Kohlebeschäftigten Heimat ist. Die von einigen LEAG-Beschäftigten als Argument für die Fortführung der Kohleproduktion ins Feld geführte Heimatverbundenheit wird von Tagebaugegner\*innen und Kritiker\*innen der Braunkohleverstromung ebenfalls empfunden. Durch die Umsiedlung und Abaggerung von Dörfern gehe für die Bewohner\*innen Heimat verloren. Ein Befragter beschreibt, dass er einen Teil der Orte, an denen er seine Kindheit verbracht hat, seinen eigenen Kindern

nicht mehr zeigen kann, da sie aufgrund des fortschreitenden Tagebaus schlicht nicht mehr existieren. Auch aus dieser Verlusterfahrung speist sich eine Motivation für das Engagement gegen die Kohleförderung:

«Und für mich ist klar: Ich möchte keine neuen Tagebaue.

Ich möchte also auch, dass das, was noch von meiner Kindheit und Jugend übrig ist, dass das bleibt.» (Interview II-10)

Während einige sich mittlerweile erschöpft aus dem aktiven Engagement zurückgezogen haben, begründen andere anhaltenden Widerstand damit, dass es um ihre Heimat gehe: «Wir haben nirgendwo ein Recht, Veto einzulegen über den Erhalt unserer Heimat.» (Interview II-14)

Besonders gravierend stellt sich der drohende Heimatverlust für Angehörige der sorbisch-wendischen Minderheit dar. Wie mehrere Befragte beschreiben, hängt die sorbisch-wendische Identität entscheidend von der Chance ab, die eigene Sprache zu sprechen. Außerhalb der Lausitz, so das Argument, sei dies nicht möglich, weshalb der Wegzug aus dem sorbisch-wendischen Sprachraum zum Identitätsverlust führe.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass es sich bei den Auseinandersetzungen um die Braunkohle auch um einen Anerkennungskampf handelt. Gerade die Berücksichtigung der Lebensleistung von Beschäftigten in CO<sub>2</sub>-intensiven Branchen, des mit ihrer Tätigkeit verbundenen Stolzes und der darauf basierenden Identitäten ist für die Konflikte von hoher Bedeutung. Zwei der von uns befragten Experten favorisieren dementsprechend kulturpolitische Ansätze, um den Strukturwandel zu meistern. Sie lassen sich vom Beispiel der Ruhr-Triennale<sup>21</sup> inspirieren, um Altes und Neues symbolisch zu verbinden. Zu erkennen ist aber auch, dass es Differenzierungen und Zwischentöne schwer haben, wenn die öffentlichen und medialen Debatten in stark polarisierender Weise geführt werden. Dabei geht es stets um die Frage, wessen und welche Arbeit eigentlich gesellschaftlich wichtig ist.

### 3.5 ENGAGEMENT UND PROTEST

Entgegen einer unter den LEAG-Beschäftigten verbreiteten Sichtweise, der zufolge sämtliche Akteure der Umwelt- und Klimabewegung tendenziell als homogener Block wahrgenommen werden («die Grünen»), gibt es in der Lausitz eine vielfältige Landschaft lokaler und regionaler Akteure und Initiativen, die gegen die Erweiterung von Tagebauen protestieren, die ökologischen Folgen der Braunkohleförderung kritisieren und sich generell mit umwelt- und Klimaschutzpolitischen Themen befassen. Diese heterogenen Bewegungen haben wir mit unserer empirischen Erhebung nur ausschnittsweise erfassen können. Auch entgegen der unter den Kohlebeschäftigten vorherrschenden Meinung, dass Protestaktionen nur von außerhalb der Lausitz ausgingen, gibt es in der Region eine Reihe von Akteuren, die der Braunkohleförderung und -verstromung ablehnend gegenüberstehen und sich in unterschiedlichem Umfang und mit verschiedenen Aktionsformen engagieren.

Einen der Schwerpunkte der lokal und regional Aktiven stellt die Öffentlichkeitsarbeit dar. Dabei betonen mehrere Befragte, dass man mit sachlichen, fachlich fundierten Informationen arbeite. Von polemischen Formen der Auseinandersetzung – sowohl von anderen Akteuren der Umweltbewegung als auch von der «Pro-Kohle»-Seite – grenzt man sich ab:

«Also wir sind *nicht* die klassischen Kohlegegner, die pöbelnd herumlaufen und die anderen bezichtigen, Heimatmörder und Klimakiller zu sein.» (Interview II-7)

Zum Engagement gehört auch klassische Verbandsarbeit wie das Verfassen von Stellungnahmen im Rahmen formaler Beteiligungsprozesse. Das Schaffen von Gegenöffentlichkeit – etwa durch die Herausgabe eigener lokaler Publikationen, aber auch durch Aktionen im öffentlichen Raum wie zum Beispiel Sternmärsche und Demonstrationen oder das Aufhängen des aus dem Wendland bekannten gelben X als Widerstandssymbol – wird zum Teil als durchaus erfolgreich angesehen.

Ein weiteres Aktionsfeld – in Zusammenarbeit mit bundesweit aktiven Verbänden und NGOs – stellt die juristische Ebene dar (Widerspruchs- und Klageverfahren, zum Beispiel gegen den Hauptbetriebsplan des Tagebaus Jänschwalde). Insgesamt findet sich eine bunte Vielfalt lokaler und regionaler Bewegungen, die, so die Einschätzung von Aktiven, allerdings nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung und wenigen Hochengagierten getragen werde. Die Zusammenarbeit gestalte sich bisweilen schwierig, und teilweise wird Enttäuschung darüber geäußert, dass verschiedene lokale Akteure keineswegs an einem Strang ziehen und strategisch nicht gemeinsam agieren: «Aber die Kohlegegner zu mobilisieren, dass die wirklich auf die Straße gehen, das ist fast unmöglich» (Interview II-7), heißt es etwa in Bezug auf eine vom Tagebau direkt betroffene Ortschaft.

Manche Aktive haben sich nach einer Phase des Engagements erschöpft und zermürbt zurückgezogen. Eine der Befragten, die in der Vergangenheit in einer lokalen Initiative gegen die Erweiterung eines Tagebaus aktiv war, verweist auf die sozialen Folgen des Engagements in überschaubaren Gemeinden:

«Also bei vielen, die sich ganz doll verausgabt haben, ist eine Resignation da. Aber nicht, weil sie nichts mehr machen wollen, sondern weil die menschlichen Beziehungen kaputtgegangen sind und weil das unglaublich frisst an einem, weil das zermürbt, und irgendwann fragt man sich: «War es das jetzt wert, dass ich das und das und das verletzt habe?»» (Interview II-12)

Das Verhältnis zu größeren, bundesweit aktiven Strukturen wie Umweltverbänden und NGOs wird von den Befragten als relativ gut geschildert. Für die Jugendbewegung Fridays for Future findet sich viel Sympathie, allerdings sei diese in der Region marginalisiert. Umweltverbände und größere NGOs seien dagegen

<sup>21</sup> Bei der Ruhr-Triennale handelt es sich um ein internationales Kunstfestival im Ruhrgebiet, das seit 2002 alle drei Jahre stattfindet und Industriedenkmäler aus Bergbau und Stahlindustrie als Spielstätten nutzt.

gerade aufgrund der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen von Bedeutung, etwa bei juristischem Widerstand gegen Tagebauerweiterungen, würden aber natürlich ihre eigenen Strategien verfolgen.

Am stärksten gehen die Meinungen hinsichtlich der Aktionen des Bündnisses Ende Gelände<sup>22</sup> auseinander. Dabei wird deutlich zwischen dem Klimacamp 2016, das auch von lokalen Akteur\*innen unterstützt wurde, einerseits und den in diesem Rahmen stattfindenden Aktionen von Ende Gelände andererseits unterschieden. Das Klimacamp<sup>23</sup> 2016 wird sehr positiv als friedlich und engagiert beschrieben. Besonderen Eindruck hat bei den befragten Anwohner\*innen hinterlassen, dass der Abbau des Camps sehr diszipliniert erfolgt sei und keinerlei Müll hinterlassen worden sei.

Hinsichtlich der Aktionen von Ende Gelände finden sich unter den in der zweiten Erhebungsphase befragten Einwohner\*innen der Lausitz sehr unterschiedliche Positionen von deutlicher Kritik bis hin zu offener Sympathie. Kritisiert werden dabei das Verhältnis der Organisator\*innen von Ende Gelände zu den lokalen und regionalen Akteuren, die Folgen der bundesweiten Massenproteste für die lokalen und regionalen Akteure der Umweltbewegung sowie – auf einer grundsätzlichen Ebene – die Aktionsform der massenhaften Blockade von Infrastruktur der Kohleförderung und -verstromung.

Zwar habe es im Vorfeld der Aktionen 2016 Gespräche des Bündnisses Ende Gelände mit den lokalen Bewegungen gegeben, nach Wahrnehmung der beteiligten Aktiven waren diese jedoch nicht ergebnisoffen und die lokalen und regionalen Perspektiven seien letztlich nicht einbezogen worden:

«Wir haben relativ schnell gemerkt, dass denen das unterm Strich egal ist, was wir denken. Die hatten ihre Entscheidung gefällt, dass sie das machen wollen, jetzt ging es nur noch darum, uns auf Linie zu bringen. Und das fanden wir gar nicht lustig.» (Interview II-3)

Ähnlich bringt ein weiterer Engagierter aus der Lausitz seine Frustration zum Ausdruck:

«Haben wir damals vor Jahren schon versucht, ihnen [Ende Gelände, d. A.] klarzumachen, dass es aus unserer Sicht, ich sage mal höflich, suboptimal ist, im weißen Kampfanzug [...] durch Hausfriedensbruch auf die Bänder zu steigen oder Bagger zu besetzen. Wir mühen uns so sehr ab und haben es so schwer, mit sachlichen Argumenten durchzukommen. Sie bedienen damit sofort die typische, sage ich mal, Lausitzer Mentalität. «Diese Verbrecher, die haben ja vor nichts Respekt» und so. Deshalb habe ich gesagt, nach dieser Erfahrung und dem Versuch, mit Ende Gelände Verbindlichkeiten zu erzeugen und zu sagen: «Lasst uns bitte hier an diesem Punkt mit Augenmaß arbeiten.» Wir sind aus meiner Sicht gescheitert. Ende Gelände hat sich an keine Vereinbarung gehalten. Ich lehne das persönlich ab. Ich mache seit zwei Jahren nichts mit Ende Gelände.» (Interview II-13)

Ein Teil der Befragten befürchtet negative Auswirkungen der Aktionen von Ende Gelände auf die lokalen Bewegungen. In der öffentlichen Wahrnehmung werde

nicht zwischen radikalen Aktionen und den lokalen Initiativen unterschieden.<sup>24</sup> Andere Aktive bezweifeln, dass die Aktionen von Ende Gelände den lokalen und regionalen Bewegungen geschadet haben. Diese Befragten schauen mit Sympathie auf die Massenblockaden und argumentieren, dass diese medienwirksamen Aktionen überhaupt erst bundesweite Aufmerksamkeit für die Kohlefrage in der Lausitz geschaffen und so den lokalen Widerstand unterstützt hätten:

«Für den Ort, denke ich, ist es im Nachhinein wichtig gewesen. Für die, die wollen, dass es bleibt. Weil es eine bundespolitische Aufmerksamkeit geweckt hat. Und ob die ohne das so da gewesen wäre? Nur mit unseren kleinen, eher vermittelnden, niemanden vor den Kopf stoßenden Aktionen, ist auch die Frage.» (Interview II-10)

Umstritten sind auch die Aktionsformen der radikaleren Teile der Klimabewegung. Ein Teil der Befragten lehnt Regelübertretungen im Rahmen von Aktionen grundsätzlich ab und distanziert sich aus diesem Grund deutlich von Aktionen, die Rechtsbrüche (etwa Hausfriedensbruch oder Sachbeschädigung) beinhalten. Teilweise wird die Besetzung von Tagebaugelände aber auch als ziviler Ungehorsam betrachtet und damit als legitim: «Protest muss auch unbequem sein, sonst hat er keine Wirkung.» (Interview II-9)

Zum Teil werden Aktionen von Ende Gelände, die in der Öffentlichkeit scharf kritisiert wurden (Beschädigen bzw. Niederreißen von Zäunen, um auf das Gelände des Kraftwerks Schwarze Pumpe zu gelangen), als *false flag*-Aktion der Gegenseite bezeichnet: Im Raum steht die Behauptung, die Eskalation könne durch Agents Provocateurs (Zivilpolizist\*innen) ausgelöst worden sein. Bei aller Kritik an bestimmten Aktionsformen wird auch die in den Augen vieler Umweltaktiver überzogene, tendenziöse Berichterstattung in den Medien kritisiert:

«Auch die Frage, ob das sein muss, Tagebau besetzen oder ein Kraftwerk, Versuche, wie in Schwarze Pumpe. Ist eine Form des Protestes, da kann man drüber streiten. Aber das hat nichts mit Gewalttätigen zu tun. Sondern man darf dann mal darüber diskutieren, ob das eine legitime oder illegitime Form des Protests ist. Ja? Und da ist einfach keine Sachlichkeit da. Dass da von Gewalttätigen gesprochen wird. Da gab es keine Gewalttäter.» (Interview II-10)

<sup>22</sup> Die Befragten beziehen sich hier auf die Aktionen rund um das Klimacamp in der Lausitz im Jahr 2016. In diesem Rahmen fanden auch massenhafte Aktionen von Ende Gelände statt, bei denen unter anderem mit Gleisblockaden die Kohlezufuhr zum Kraftwerk Schwarze Pumpe verhindert wurde, aber auch Aktivist\*innen – laut Polizeiangaben gewaltsam – in das Kraftwerksgelände eingedrungen waren. Die erneuten Aktionen von Ende Gelände im Jahr 2019 in der Lausitz fanden erst nach Abschluss unserer Erhebung statt und sind daher in diesem Text nicht berücksichtigt. <sup>23</sup> Sogenannte Klimacamps dienen der Vernetzung und Weiterbildung innerhalb der Klimabewegung sowie als Ausgangspunkt für Aktionen. Gleichzeitig sollen in ihrem Rahmen Konzepte eines alternativen Zusammenlebens (etwa hinsichtlich Selbstorganisation und dezentraler Energieversorgung) praktisch erprobt werden. In Deutschland fanden seit 2010 Klimacamps in den Kohlerevieren im Rheinland, Leipziger Land und in der Lausitz (2011–2016) statt. <sup>24</sup> Unsere Interviews mit LEAG-Beschäftigten bestätigen indirekt diese Befürchtungen.

### Exkurs: die Binnensicht von Ende-Gelände-Aktivist\*innen

Wie stellt sich der Konflikt um die Lausitzer Braunkohle in der Binnenperspektive<sup>25</sup> von Aktivist\*innen<sup>26</sup> des überregionalen Bündnisses Ende Gelände dar? Die Befragten, die freilich nur einen Ausschnitt der im Bündnis vorhandenen Auffassungen repräsentieren, betonen, dass innerhalb von Ende Gelände unterschiedliche Positionen vertreten werden. Deutlich wird aber, dass die Aktionen in der Lausitz 2016 intern zu Debatten und Lernprozessen geführt haben. Innerhalb der Ortsgruppe, der die Befragten angehören, sei Kritik an einigen Aktionen geäußert worden, gerade aufgrund der Auswirkungen für die Engagierten in der Region. So seien diese von Ende Gelände mit Anfeindungen im Nachgang der Aktionen 2016 alleingelassen worden, wird selbstkritisch eingeräumt. Eine der Befragten, die in einem weiteren bundesweiten Bündnis aktiv ist, um den Widerstand vor Ort zu unterstützen, ist zwar grundsätzlich davon überzeugt, dass direkte Aktionen ihren Sinn haben, um Aufmerksamkeit zu erzeugen und Handlungsspielräume zu erweitern, sie hat aber ihre Zweifel, ob die erneuten Ende-Gelände-Aktionen 2019 in der Lausitz in dieser Hinsicht sinnvoll sind:

«Also ich selber bin schon nach wie vor wirklich gespalten, was die Frage angeht, wie sinnvoll ist das politisch, dass Ende Gelände in die Lausitz geht.» (Interview K1)

Die Unterstützung für die regionalen Strukturen wird als sehr wichtig angesehen, dies sei aber weniger der Schwerpunkt von Ende Gelände.

Gleichzeitig betonen die Befragten, dass sich ihre Aktionen keineswegs gegen die Arbeiter\*innen der Kohleindustrie richten, und äußern Verständnis für die Nachwendeerfahrung von Arbeitsplatzverlust und scheiterndem Strukturwandel sowie für die Identifikation mit der Kohle:

«Und ich meine, das ist schon ein Punkt, wo ich auch sagen muss, ich glaube den Leuten das. [...] Und ich finde das irgendwie auch, also ich finde das auch valide. Ich glaube den Leuten auch wirklich, dass die sagen: «Okay, wir wollen Strom produzieren, weil das brauchen andere Menschen.»» (Interview K1)

Unverantwortlich und paternalistisch sei dagegen die LEAG, die ihren Mitarbeiter\*innen fälschlicherweise einrede, dass es mit der Kohleverstromung immer weitergehen könne. Ein Ansatzpunkt wäre es vielleicht, die Arbeiter\*innen zu fragen, wer der eigentliche Gegner sei (nämlich nicht die Klimabewegung, sondern das kapitalistische Unternehmen), und die Systemfrage zu stellen:

«Und ich glaube, man muss da oft auch schon anfangen, irgendwie den Menschen klarzumachen, dass der Chef *nicht* superkrasses Interesse daran hat, dass die Menschen ihren Arbeitsplatz behalten, sondern es halt auch da dann irgendwie wieder um Summen geht, die halt irgendwie fließen, wenn die Arbeitsplätze irgendwie anders gerettet werden.» (Interview K2)

Gleichzeitig wird aber auch eingeräumt, dass der Dialog mit den Beschäftigten nicht zum strategischen Ansatz von Ende Gelände gehört.

In der Interpretation des Strukturwandels ähneln die Positionen der Aktivist\*innen denen der Lausitzer Umweltaktivisten: Anstatt Großunternehmen anzusiedeln, sollten kleinteiligere Projekte «von unten» bevorzugt werden und die Maßnahmen an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort ausgerichtet werden. Die Befragten argumentieren aus einer wachstumskritischen Perspektive heraus, die jedoch explizit auch eine kapitalismuskritische ist: Letztlich sei effektiver Klimaschutz in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht möglich. Deutlich einfacher als eine Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus seien jedoch populistische Antworten wie etwa die Leugnung des Klimawandels. Faschistische Strukturen seien eine große Gefahr für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit.

Insgesamt zeigt sich, dass das breite Spektrum der Umwelt- und Klimabewegung keineswegs einheitlich agiert und von internen Spannungen und Konflikten nicht frei ist. Gerade an radikalen Aktionsformen, die bewusst Regelverletzungen in Kauf nehmen, scheiden sich die Geister, ohne dass dies zu einer eindeutigen Spaltung in lokal und bundesweit agierende Gruppen führt.

### 3.6 WER VERTRITT DIE TAGEBAUGEGNER\*INNEN?

Unter den in der zweiten Erhebung befragten Lausitzer\*innen wird die AfD klar und völlig einhellig abgelehnt. Angesichts der Tatsache, dass sich die Partei für eine Fortsetzung der Kohleförderung einsetzt, ist dies auch wenig verwunderlich. Gleichzeitig, so die Einschätzung einiger Befragter, sei die Kohlefrage für die Bevölkerung aber nicht das wahlentscheidende Thema. Auch in Gemeinden, in denen viele Menschen gegen die Erweiterung von Tagebauen (zum Beispiel Jänschwalde Nord) aktiv waren, finde die AfD großen Zuspruch: «Die wählen die AfD nicht, weil sie für die Kohle ist, sondern, obwohl sie für die Kohle ist.» (Interview II-3) Hinter der Pro-Kohle-Position der AfD verberge sich keine durchdachte energiepolitische Strategie oder ein Entwicklungskonzept für die Region, sondern lediglich der populistische Versuch des «Stimmenfangs»:

«Also jetzt hier noch auf die Kohle zu setzen, damit versucht man, Stimmen zu fangen. Sonst nichts. Das kann niemand ernsthaft vertreten. Also gerade wenn man aufmerksam nicht nur die Bundes-, sondern auch die Europapolitik, sogar weltweit Entscheidungen sich anschaut, ist klar, dass die Kohle ein Auslaufmodell ist. Also man verspielt mit solchen Positionen eigentlich die Zukunft einer Region.» (Interview II-10)

<sup>25</sup> Die Interviews mit den Aktivist\*innen von Ende Gelände fanden im September 2019 statt und damit vor den Aktionen im Lausitzer Revier im November 2019. Dabei wurden mit Massenblockaden die Tagebaue Welzow-Süd und Jänschwalde sowie an mehreren Stellen die Kohlebahn der LEAG in ihrem Betrieb gestört. <sup>26</sup> Es handelt sich um zwei weibliche und einen männlichen Befragten. Alle drei studierten zum Interviewzeitpunkt bzw. waren gerade in der Abschlussphase eines Studiums. Zwei der drei befragten Aktivist\*innen sind in Westdeutschland aufgewachsen, eine in Ostdeutschland.



Darüber hinaus sei die Stärke der extremen Rechten in der Region ein Hindernis für eine erfolgreiche Entwicklung der Region, da sie die Gewinnung von Fachkräften erschwere und potenzielle Investoren abschrecke. Die Attraktivität der AfD sei, das verdeutlichen weitere Stimmen, nicht in der Kohlefrage oder der wirtschaftlichen Situation begründet. Stattdessen seien eher kulturelle Faktoren in einer schrumpfenden ländlichen Region bedeutsam:

«Also ich hab' so persönlich das Gefühl, dass es nicht so sehr ein strukturelles Problem ist, also wie gesagt, wir haben Straßen, wir haben Arbeitsplätze, du kannst in jedem Laden was kaufen, [...] also ich glaube, es ist eher ein familiäres, wir haben familiäre Probleme. Ganz viele hier. Dass auch so viele die AfD wählen, das ist auch die ostdeutsche Seele, die so ein bisschen leidet darunter. Weil: Zum Beispiel in meinem Dorf sind – meine Generation ist noch da, aber die nach uns kamen, also so 15 Jahre nach uns – diese Mädels, die sind alle weg. Da ist keiner mehr im Dorf. Die gibt's nicht mehr. Wirklich, da ist keiner mehr da. Das waren wenigstens [...] zehn an der Zahl, mindestens, die ihre Sachen gepackt haben und weggezogen sind. So. Die Kinder sind weg, die Alten bleiben da. Das macht das Leben unzufrieden. So, dann werden jetzt die Enkel geboren in der Fremde und die Alten sitzen zu Hause: «Och, ich würde so gern meinen Enkel mal wiedersehen!» Da kenne ich etliche, die das beklagen. [...] Das heißt, die Leute sind abgehauen, weil die Perspektive ihnen fehlt, das wiederum führt zu diesem familiären Problem [...]. Wenn du immer unzufrieden bist als Person, immer und immer, «Och, das ist alles doof, meine Enkelkinder sind nicht da und ich kann mit keinem reden», und dann gehst du zum Nachbarn und der ist genauso drauf: «Ist doch alles Scheiße hier», und dann hörst du die Politik noch. «Ich wähl das nächste Mal AfD», also diesen Schritt, den gehen etliche.» (Interview II-15)

In der Kohlefrage geht der Riss auf kommunaler Ebene quer durch die Parteien. So stünden etwa auch Vertreter\*innen der CDU und zum Teil sogar der SPD der Ausweitung von Tagebauen und der Braunkohleverstromung kritisch gegenüber. Die Einstellung gegenüber der Kohleindustrie lasse sich daher nicht am Wahlergebnis der Grünen ablesen.

Gegenüber der rot-roten Landesregierung werden deutliche Kritik und Enttäuschung geäußert, da diese, das jedenfalls ist die Wahrnehmung, sich einseitig auf die Kohle gestützt und die Entwicklung von Alternativen vernachlässigt habe. Die anstehenden Entscheidungen seien zu lange aufgeschoben worden. Beklagt wird zudem eine zu große Nähe der Landespolitik zur Kohlelobby. Deswegen sei viel zu lange suggeriert worden, die Kohleförderung könne noch lange fortgesetzt werden:

«Die haben den Leuten die ganzen Jahrzehnte dummes Zeug erzählt. Und jeder hat gewusst, das mit der Kohle geht eines Tages zu Ende oder es kann so nicht weitergehen.» (Interview II-15)

Eingeräumt wird aber auch, dass gerade die SPD mit dieser Strategie gut gefahren ist und so lange Zeit Wahlen gewinnen konnte.

Während die Grünen sich als einzige Partei konsequent gegen neue Tagebaue positioniert hätten, sei man in Kreisen der Umweltaktiven vom Kurs der Partei DIE LINKE wenig begeistert. Diese habe sich zwar vor Wahlen gegen Tagebauerweiterungen ausgesprochen und sei an der Basis vielerorts sehr kritisch in der Kohlefrage, trage aber auf der Ebene der Landesregierung den Kurs der SPD mit:<sup>27</sup>

«Die Linkspartei macht alles mit [...], also gut, die hat sich jetzt das letzte Jahr über dieses oder jenes dann doch mal mit der SPD gestritten, aber nicht über die Kohle.» (Interview II-3)

Für einen Befragten – der im Laufe seiner Biografie selbst eine Zeitlang im Bereich der Braunkohleindustrie gearbeitet hat und später zum aktiven Umweltschützer geworden ist – war dies der Grund, nach jahrzehntelanger Mitgliedschaft in der Linkspartei und ihren Vorgängerparteien seinen Parteiaustritt zu erklären.

Deutlich wird, dass es den direkt von Tagebauerweiterungen betroffenen Befragten vor allem um Fragen von Partizipation und Demokratie geht. Berichtet wird von Ohnmachtsgefühlen gegenüber der Politik und den Kohleunternehmen. So beschreibt eine Befragte, dass diese Ohnmachtserfahrung von klein auf in ihrer Familie präsent war:

«[Dadurch,] dass Verwandtschaft umgesiedelt wurde, dass wir sehr viel Land verloren haben, dass ich als kleines Mädchen schon gemerkt habe, dass das eine Ohnmacht war, die meine Eltern, Großeltern hatten, das zu verlieren. Und für mich war das als Kind fast ein kleines bisschen normal, weil das eben so war. Aber [...] diese Ohnmacht war immer zu merken bei den Erwachsenen.» (Interview II-11)

Andere Befragte berichten indes, dass die Erfahrung von Machtlosigkeit gegenüber einem «Riesenkonzern und einer wahnsinnigen Lobby» (Interview II-12) sie dazu motiviert habe, sich im Widerstand gegen die Erweiterung eines Tagebaus zu engagieren. In der Wahrnehmung einiger Befragter findet in der Kohlefrage keine substantielle Beteiligung der Bevölkerung statt: «Die Politik setzt einfach Dinge durch, ohne die Bevölkerung zu beteiligen, und muss dafür so eine Art Monty-Python-Show aufziehen.» (Interview II-16) Es geht beim Kohlekonflikt also auch um die Frage, wer eigentlich an (politischen) Entscheidungen beteiligt wird und in welchem Maße mitgeredet werden darf. Wir stoßen auf ein wahrgenommenes Partizipationsdefizit, das sich ähnlich, aber mit entgegengesetzten Vorzeichen auch bei den Braunkohlebeschäftigten findet.

<sup>27</sup> Diese Einschätzungen erfolgten vor der Landtagswahl im September 2019, die zur Bildung einer neuen Landesregierung unter Beteiligung der Grünen geführt hat.

## 4 FAZIT: EIN KONFLIKT, DER NACHHALTIGKEITZIELE BLOCKIERT

Fassen wir zusammen: Nach Ansicht von Befragten, die in der Branche beschäftigt sind, haben die Braunkohle und das Unternehmen LEAG eine herausragende Bedeutung für die Lausitz. Von den «leuchtturmartigen» Arbeitsbedingungen und dem vergleichsweise hohen Lohnniveau über die guten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und die ökonomische Abhängigkeit nicht nur der Zulieferbetriebe, sondern auch von Handwerk und Dienstleistungen, bis hin zur Förderung des kulturellen Lebens und der Bedeutung für die kommunalen Finanzen ist in der Lausitz aus der Perspektive derjenigen, die in dieser Branche arbeiten, wenn schon nicht alles, so doch sehr vieles mit der LEAG und der Braunkohle verbunden. Deshalb – ähnliche Phänomene sind aus vielen Industrieregionen bekannt – können sich die Beschäftigten eine positive Zukunft jenseits der Braunkohle kaum vorstellen. Der – ökologisch notwendige und politisch beschlossene – Ausstieg aus der Braunkohleförderung wird als Bedrohung der eigenen Zukunft und als Kontrollverlust über den eigenen Lebenszusammenhang wahrgenommen.

Die im Rahmen der zweiten Erhebung (Lausitz II) Befragten präsentieren – wenig überraschend – völlig andere Sichtweisen und Interpretationen des Konflikts um die Braunkohle. Wenngleich sich bei ihnen keine übergreifende Tiefengeschichte findet, stoßen wir doch auf Weltsichten und Konfliktdeutungen mit erheblichen Schnittmengen. Braunkohleförderung und -verstromung gelten den Befragten wahlweise als eine heimat-, regionen-, natur- oder gar menschenzerstörende Industrie. Entwicklung, auch der Region, erscheint ihnen nur ohne Bergbau, Kohleverstromung, vor allem aber ohne die LEAG als möglich. Das Unternehmen hat, so die Wahrnehmung, gemeinsam mit der zuständigen Gewerkschaft, über Jahrzehnte hinweg dafür gesorgt, dass kohlekritische Stimmen nach der Wende keine Öffentlichkeit fanden. Erst die Proteste von – auch überregionalen – Bündnissen und Bewegungen haben das geändert. Gespräche mit der anderen Seite bringen, das jedenfalls ist die verbreitete Auffassung, in diesem Konflikt wenig bis nichts.<sup>28</sup> Verantwortung für die Kommunikationsblockaden trägt in erster Linie die andere Seite. Weder aktive Braunkohlegegner\*innen noch diejenigen, die sich vor allem gegen das Abbagern ihrer Dörfer wehren, missachten die Bergleute. Sie lehnen jedoch deren Pauschalurteile über die Protestbewegungen ab.

So oder ähnlich und sicher mit zahlreichen Modifikationen und Variationen lassen sich die Weltsichten derer beschreiben, die sich aus unterschiedlichen Gründen mit Kohleabbau und -verstromung nicht arrangieren wollen. Im Ergebnis beider Erhebungen sehen wir uns mit einer Situation konfrontiert, in der wechselseitige Verständigung nahezu unmöglich erscheint. Zu verschieden sind die Interessenlagen und

vor allem die Vorstellungen davon, wie diese Interessen zu realisieren sind. Wechselseitige Kommunikationsblockaden haben eine Konfliktformation entstehen lassen, die den Weg zu ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit eher behindert als fördert. Die Sichtweisen und Deutungen der jeweiligen Akteur\*innen wirken verfestigt; auch deshalb ergibt es wenig Sinn, die jeweiligen Tiefengeschichten oder Weltbilder auf ihren Realitätsgehalt hin zu prüfen. Wirken sie subjektiv doch so, als seien sie die eigentliche Wahrheit.

Feststellen lässt sich aber, dass es einfache Schwarz-Weiß-Muster nicht gibt. Weder ist die Tiefengeschichte der Bergleute völlig falsch noch liegen die Braunkohlegegner\*innen mit ihren Auffassungen in jedem Fall richtig. Dies gilt umso mehr, als wir es in beiden Lagern mit einer erheblichen Spannbreite an Lebensentwürfen, Erfahrungen, Weltbildern und politischen Orientierungen zu tun haben. Die skizzierte Frontstellung vor Augen, drängt sich die Frage auf, was sich aus dem Lausitzfall für eine Soziologie des sozial-ökologischen Transformationskonflikts lernen lässt. Nachfolgend beschränken wir uns auf vier Überlegungen.

### (1) Ein politisch herbeigeführter Transformationskonflikt

In der Lausitz erleben wir einen, in diesem Fall regional begrenzten, Transformationskonflikt, wie wir ihn – modifiziert – in naher Zukunft wohl auch in anderen CO<sub>2</sub>-intensiven Branchen erwarten können. Tatsächlich hat sich der alte industrielle Klassenkonflikt im Braunkohlerevier der Lausitz erkennbar in einen *sozial-ökologischen Transformationskonflikt* verwandelt. Dieser Konflikt ist politisch herbeigeführt, präziser: Es war von Beginn an ein politischer Konflikt. Klimaziele bewirken das politisch beschlossene Aus für die Braunkohle. Entscheidungen auf der ökologischen Konfliktlinie beeinflussen somit maßgeblich, was auf der Kapital-Arbeit-Achse geschieht. Über die *politics of production* wandern ökologische Nachhaltigkeitsziele in die *politics in production* ein (zur Unterscheidung vgl. Burawoy 1985; vgl. auch Wissen u. a. 2020). Akteure der organisierten Arbeitsbeziehungen (Belegschaft, Betriebsrat, Gewerkschaft, Management, Eigentümer) haben allenfalls Einfluss darauf, *wie* und *in welchem Zeitraum* dies geschieht.

Anders als Ulrich Beck in seiner «Risikogesellschaft» prognostiziert hat, speisen sich Transformationskonflikte wie der in der Lausitz nicht aus zwei Logiken, denen die Tendenz innewohnt, dass die «Probleme der

<sup>28</sup> Das sehen allerdings nicht alle Befragten so. Teilweise wird auch von gelungenem Dialog und etwas abnehmenden Spannungen berichtet, und die Tatsache, dass so wenig lagerübergreifende Gespräche stattgefunden haben, wird eher als Politikversagen beschrieben.

dicken Bäuche» (Logik der Reichtumsverteilung) zunehmend von globalen ökologischen Gefahren überlagert und verdrängt werden (Logik der Risikoverteilung, Beck 1986: 27). Im Gegenteil, in dem Maße, wie die Umsetzung der Klimaziele zu einer Bedrohung für die Arbeits- und Statusinteressen der LEAG-Beschäftigten wird, macht sich in den Belegschaften ein konservierendes Interesse am – möglichst langen – Erhalt des Status quo bemerkbar. Daran zeigt sich: Verteilungskämpfe und Auseinandersetzungen um ökologische Nachhaltigkeit lassen sich nicht aufeinander reduzieren; sie sind aber, wie das Lausitzbeispiel belegt, in hohem Maße miteinander verwoben und können gerade deshalb als sozial-ökologischer Transformationskonflikt beschrieben werden.

Gleich ob Auseinandersetzungen primär auf der sozialen oder in erster Linie auf der ökologischen Konfliktachse angesiedelt sind, die jeweils andere Perspektive kann nur noch um den Preis eines Hegemonieverlustes ausgeblendet werden. Anders gesagt, die Konflikte werden zumindest implizit um soziale *und* ökologische Nachhaltigkeit geführt. Das heißt auch: Die ausschließliche Bearbeitung der ökologischen Konfliktachse ignoriert in der Tendenz soziale Nachhaltigkeitsziele. Umgekehrt bedeutet eine ausschließliche Fokussierung auf die soziale Konfliktachse, dass ökologische Zielsetzungen ins Hintertreffen geraten. In beiden Fällen verselbstständigen sich die Konflikte so, dass Akteure, die jeweils eine der beiden Konfliktlinien bearbeiten, hauptsächlich gegeneinander agieren.

Exakt dies ist offenbar in der Lausitz der Fall. Beide Lager stehen sich relativ unversöhnlich gegenüber. Die Verselbstständigung der Konfliktlinien ereignet sich, obwohl der Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung längst beschlossene Sache ist und inzwischen durch ein Kohlegesetz geregelt wird.

## (2) Klassifikationskämpfe um das «gute Leben»

Daran zeigt sich, dass es im Lausitzkonflikt um mehr und teilweise auch um anderes geht als «nur» um den Kohleausstieg. Klassifiziert und mitverhandelt werden die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeitstätigkeiten, die Legitimität von Lebensstilen und die Vorstellungen vom «guten Leben». Exemplarisch zeigt sich daran, dass sich Transformationskonflikte mit der Beschwörung eines Wertekonsenses zum «guten Leben» (Rosa/Henning 2018) kaum werden befrieden lassen. Die Formel vom «guten Leben» fängt alle ein, doch sobald ausbuchstabiert wird, was darunter zu verstehen ist, öffnet sich ein weites Feld für klassenspezifische Distinktionskämpfe. Das zeigt sich beispielsweise, wenn die LEAG-Beschäftigten von Teilen der Braunkohlegegner\*innen als privilegierte Arbeiteraristokratie beschrieben werden, weil sie – trotz allem – einen überdurchschnittlichen Verdienst und einen vergleichsweise langen Planungshorizont haben. Hintergrund solcher Klassifizierungen ist eine Gesellschaft in einer Region mit einem hohen Anteil an prekärer Beschäftigung und vergleichsweise niedrigen Löhnen,

die in der Raumhierarchie als öffentlich abgewertet gelten kann. Wer selbst im gesellschaftlichen Exklusionsbereich zu verorten ist und in prekären Verhältnissen lebt, empfindet den Status geschützter Lohnarbeit als Privileg.<sup>29</sup> «Die Bergleute müssen von ihrem hohen Ross herunter», lautet ein Satz, in dem implizit anklingt, dass es offenbar nicht als schlimm empfunden wird, wenn nun auch eine zuvor gut abgesicherte Belegschaft mit der Normalität prekärer Verhältnisse konfrontiert wird.

Aus der Perspektive der LEAG-Beschäftigten stellt sich das völlig anders dar. In ihrem Selbstverständnis sind sie diejenigen, die im Braunkohlebergbau und der kohlebasierten Energiewirtschaft überlebt haben. Ihren Status konnten sie nur erhalten oder verbessern, weil sie sich in den Nachwendejahren als enorm flexibel und anpassungsfähig erwiesen haben. Vor allem die Arbeiter\*innen unter den Befragten dürsten keineswegs nach «immer mehr». Bei einigen Befragten finden sich sogar wachstumsskeptische Positionen. Familie, Auto, Häuschen und die Möglichkeit, gelegentlich in den Urlaub zu fahren, genügt ihnen, um das Leben als gut zu empfinden. Gestört wird die Zufriedenheit vor allem durch zerrissene Familien. Die Kinder mussten häufig nach Westdeutschland oder ins deutschsprachige Ausland (Schweiz, Österreich, Tirol/Italien) migrieren, man sieht sich selten und das mindert die Lebensqualität. Je früher das Aus für die Braunkohle kommt, desto geringer erscheinen die Chancen, zerrissene Familien wieder zusammenzuführen. Dies als Ausdruck von mentaler Inflexibilität zu kritisieren empfinden die Betroffenen als zusätzliche Abwertung ihres Lebensentwurfs. Solche Distinktionskämpfe auf der Klassenachse müssen beachtet werden, wenn es darum geht, den Transformationskonflikt in der Lausitz zu verstehen. Das gilt umso mehr, als mit der sorbisch-wendischen Minderheit eine ethnische Konfliktlinie existiert, die für zusätzliche Spannungen sorgt.<sup>30</sup>

## (3) Wissensabhängigkeit ökologischer Gefahren und nachträgliche Rationalisierung

Spannungen ergeben sich aber auch aus der Wissensabhängigkeit ökologischer Gefahren. Daran, dass es einen von Menschen gemachten Klimawandel gibt, kann wissenschaftlich nicht mehr ernsthaft gezweifelt werden (Abram u. a. 2016). Allerdings, darauf hatte bereits Ulrich Beck hingewiesen, sind die Ursachen ökologischer Gefahren komplex und für Lai\*innen vielfach undurchschaubar. Normenwerte, ökologische Belastungsgrenzen und Kippunkte in den Gesellschafts-Natur-Beziehungen sind wissens- und definitionenabhängig; sie werden deshalb immer wieder zum Gegenstand von Deutungskämpfen, politischen Auseinandersetzungen und sozialen Konflikten.

<sup>29</sup> Es sind vor allem kleine Selbstständige, die – wohl auch, weil sie selbst unter hohem Flexibilisierungsdruck stehen und unter Unsicherheit leiden – diese Kritik äußern. <sup>30</sup> Der Kohlekonflikt verläuft, so jedenfalls der Tenor unserer Interviews, auch quer durch die sorbisch-wendische Minderheit. Allerdings ist diese Minderheit von der Ausdehnung der Tagebaue stark betroffen.

Ebendies ist in der Lausitz der Fall. Die Relativierung der Klimaproblematik, die in einem Teil der Interviews mit LEAG-Beschäftigten anklängt, wirkt häufig wie eine nachträgliche Rationalisierung der eigenen Position. Man sucht vor allem nach Argumenten, die der eigenen Interessenlage entsprechen. Unter entgegengesetzten Vorzeichen gilt für die Braunkohle- und Tagebaugegner\*innen Ähnliches. Bei den LEAG-Beschäftigten muss die Tendenz zu nachträglicher Rationalisierung der eigenen Position keineswegs zu Klimaleugnung führen. Aber es liegt nahe, anderen die Verantwortung zuzuschieben. In der Braunkohle habe man, so eines der vorgetragenen Argumente, wieder einmal auszubaden, was im Verkehrssektor «verbockt» wurde. Es sei eben politisch entlastender, symbolisch zwei Blöcke in Jänschwalde vom Netz zu nehmen, als tatsächlich mit Tempolimits und ähnlichen Maßnahmen den Verkehr ins Visier zu nehmen.

Das sei eine Ausrede, um die katastrophale Wirkung der Braunkohleverstromung für das Klima zu verschleiern, lautet die Gegenposition aus dem Lager der Braunkohle- und Tagebaugegner\*innen. Doch selbst wenn man dieses Argument teilt, bleiben Ungereimtheiten und Widersprüche der Klimapolitik. LEAG-Beschäftigte tragen die Argumente teilweise wie aus der Pistole geschossen vor: Steige Deutschland aus, gehe die Kohlverstromung doch weltweit weiter; Kohle, die dann zum Einsatz komme, werde häufig unter menschenwürdigen Bedingungen produziert; verzichte man darauf, müsse man Kernenergie aus anderen Ländern beziehen; fossiles Gas sei, rechne man Produktion und Transport ein, keineswegs klimafreundlicher als Braunkohle; beim 1,5-Grad-Ziel rechne der Weltklimarat (IPCC) die Nutzung von Kernenergie ein; wie der Übergang zu erneuerbaren Energien bei bezahlbaren Preisen gestaltet werden könne, sei unklar; in der Konsequenz müsse mit Versorgungsengpässen gerechnet werden, lauten einige der in den Interviews vorgetragenen Statements. Auf der Seite der Braunkohle- und Tagebaukritiker\*innen finden sich für jede dieser Bekundungen Gegenargumente: Reiche Länder wie Deutschland müssten beim Kohleausstieg die Führungsrolle übernehmen; eine rasche Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien sei nicht nur rasch machbar, sie verheiße auch neue Arbeitsplätze; für die Kernenergie gebe es angesichts der ungelösten Endlagerproblematik keine Rechtfertigung; außerdem gehe es künftig darum, den Energieverbrauch zu drosseln; in Anbetracht bestehender Überkapazitäten sei die Gefahr von Versorgungsengpässen eher gering.

Doch ganz unabhängig davon, wie man die Argumente im Einzelnen bewertet, fällt auf, dass beide Seiten das jeweils Trennende ins Zentrum ihrer Argumentation stellen. Das ist exakt das Gegenteil dessen, was für eine ökologische Klassenpolitik oder eine klassenbasierte ökologische Nachhaltigkeitspolitik grundlegende Bedingung wäre (vgl. Kaiser 2020). Statt das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen, werden die Überlappungen von sozialer und ökologischer Konflikt-

achse (vgl. Dörre 2020a) in beiden Lagern weitgehend übersehen; Klimagerechtigkeit spielt, wenn überhaupt, so allenfalls eine untergeordnete Rolle. Im Ergebnis kommt es zu wechselseitigen Abschottungen. Bei den LEAG-Beschäftigten verdichten sich die noch vorhandenen Rudimente von Arbeiter\*innen- und Bergleute-Solidarität zu einer Wagenburgmentalität, die sich jeglicher von außen kommender Kritik versperrt. Umgekehrt kranken ökologische Nachhaltigkeitspolitiken daran, dass sie keine glaubwürdige Perspektive für die LEAG-Belegschaft entwickeln. Letztere fürchtet sich weniger vor Arbeitslosigkeit als vor Statusverlust und Zukunftslosigkeit der Region. Die dahinter verborgenen Interessen als legitime anzuerkennen gelingt auch den lokalen Tagebaugegner\*innen nur in seltenen Fällen. Das Ergebnis ist wechselseitige Abschottung mit der Folge eines Verlusts an Durchsetzungsmacht innerhalb wie außerhalb der Region.

#### (4) Aufwertung durch Teilhabe – eine regionale Entwicklungskoalition für die Lausitz

Es wäre falsch zu behaupten, dass sich solche Kommunikationsblockaden leicht außer Kraft setzen lassen. Ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele bringen reale Interessenkonflikte mit sich, die nicht ignoriert werden dürfen. Entscheidend ist jedoch, *wie* diese Konflikte ausgetragen werden. Zu demokratischer Konfliktregulation gehört, dass alle gesellschaftlichen Interessen eine angemessene Öffentlichkeit erhalten. Das ist – so weit können wir uns festlegen – weder aus Sicht der LEAG-Beschäftigten noch aus der Perspektive der regionalen Gegenspieler\*innen der Fall. Die jeweiligen Stimmen finden, das jedenfalls ist die Wahrnehmung, in der Öffentlichkeit außerhalb der eigenen Lager kaum Gehör. Aufmerksamkeitsdefizite verstärken das Empfinden gesellschaftlicher Abwertung – und zwar in beiden Lagern.

Das ist bemerkenswert, weil sich darin politische Orientierungen ausdrücken, die so gar nicht in das Raster von gut gebildeten, globalisierungsaffinen, ökologisch interessierten Kosmopolit\*innen einerseits und weniger qualifizierten, lokal verwurzelten, ökologisch eher unterbelichteten Kommunitarist\*innen andererseits passen wollen.<sup>31</sup> Stattdessen wird überdeutlich: Gleich, ob Akademikerin oder Hauptschulabgänger, prekär beschäftigt oder festangestellt, gleich, ob Frau oder Mann, jung oder alt – die Lausitz liegt allen Befragten aus der Region am Herzen. Eine Spaltung in *somewheres* und *anywheres*, wie sie der Publizist David Goodhart (2017) behauptet,<sup>32</sup> lässt

<sup>31</sup> Die These eines neuen *cleavage*, der zwischen Kosmopolit\*innen und Kommunitarier\*innen polarisiert, findet sich in: de Wilde u. a. (2020). <sup>32</sup> David Goodhart behauptet, dass sich die Gesellschaft in globalisierungsaffine *anywheres* mit liberal-libertären Wertorientierungen einerseits und eher globalisierungsskeptische *somewheres* mit von Gruppen oder Orten zugeschriebenen Identitäten andererseits spaltet. Die *anywheres* machen nach Goodhart circa 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung aus, dominieren aber kulturell, politisch und medial, während die *somewheres*, obwohl gesellschaftlich in der Mehrheit, in den symbolischen Kämpfen und politischen Auseinandersetzungen ins Hintertreffen geraten sind. Zur Kritik dieses Konzepts vgl. Dörre (2020b).

sich in der Lausitz ebenso wenig ausmachen wie ein kultureller Metakonflikt, den Kosmopolit\*innen und Kommunitarier\*innen untereinander austragen. Vorbehalte gegen Aktionen von Braunkohlegegner\*innen, die den regionalen Aktionskonsens sprengen, finden sich bezeichnenderweise auch bei gut gebildeten Befragten aus der Region.

In solchen Konstellationen deutet sich bereits an, wie wechselseitige Kommunikationsblockaden möglicherweise zu überwinden wären. In der Suche nach Gemeinsamkeiten könnten sich beide Lager in Diskussionen über die Zukunft der Lausitz treffen. Das auch, weil die regionalen Auseinandersetzungen auf eine Konfliktdynamik verweisen, die in naher Zukunft mehr und mehr an Bedeutung gewinnen wird. Gesellschaften wie die in der Bundesrepublik werden in gewisser Weise wieder zu Entwicklungsgesellschaften. Die Entwicklungsproblematik der Gegenwart resultiert nicht aus ökonomischer Rückständigkeit, sondern im Gegenteil aus Überproduktivität, Übernutzung von Ressourcen und Luxuskonsum. Die im Gange befindlichen und neu hinzukommenden Transformationskonflikte lassen sich demokratisch nur bewältigen, wenn alle Lager, denen die Region am Herzen liegt, in den Aushandlungen um Weichenstellungen für die Zukunft eine Stimme haben. Eben dies ist, so jedenfalls das uns vermittelte Bild, im Lausitzkonflikt nicht gewährleistet. Viele Kohlebeschäftigte fürchten eine «zweite Wende». Die Anstrengungen, die sie ein kleines oder auch ein größeres Stück hinauf auf den Berg der Gerechtigkeit geführt haben, erscheinen ihnen plötzlich als nicht nachhaltig, ja als vergeblich. Das macht sie unzufrieden und wütend. Für die Braunkohle- und Tagebaugegner\*innen steht es indes fest, dass es am Berg der Gerechtigkeit nur aufwärts gehen kann, wenn der Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung so rasch wie möglich gelingt. In beiden Lagern ist jedoch klar, dass es mit der Braunkohle in der Lausitz zu Ende geht; entsprechende Beschlüsse sind nicht mehr umkehrbar. Zweifel an der technischen

Machbarkeit des Ausstiegs stehen wissenschaftlich gestützte Szenarien gegenüber, denen zufolge bereits im Jahr 2030 die benötigte Energie zu 90 bis 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden kann.<sup>33</sup> Doch unabhängig davon, ob solche Szenarien zutreffen oder nicht: Den Kohlebeschäftigten könnten Zukunftsorgen genommen werden, wenn sie daran beteiligt würden, ernsthafte Alternativen für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Region mit zu kreieren und zu prüfen. Ihre Kenntnisse und Qualifikationen werden für eine nachhaltige Energiewende eigentlich dringend gebraucht. Gleiches gilt ohne Abstriche auch für die Expertise derjenigen, die frühzeitig mit guten Argumenten auf die gewaltigen ökologischen Folgeschäden der Braunkohleförderung aufmerksam gemacht haben. Auch diejenigen, die sich im Lager der Kritiker\*innen und Gegner\*innen versammeln, haben – überwiegend – ein Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Dazu müssten sie, ebenso wie ihre Kontrahent\*innen, an den Entscheidungen beteiligt werden, die über den Einsatz öffentlicher Gelder befinden.

In diesem Zusammenhang fällt auf, dass das gesamte Instrumentarium regionaler Strukturpolitik, wie es etwa im Ruhrgebiet und in anderen altindustriellen Regionen eingesetzt wurde, bei wichtigen Akteuren in der Lausitz nahezu unbekannt ist. Das muss sich rasch ändern, wenn der anstehende Strukturbruch sozial und ökologisch nachhaltig bewältigt werden soll. Gelänge es, eine ergebnisoffene, kontroverse, sachliche Debatte um die Zukunft der Lausitz zu führen, die alle demokratischen Akteure einbezieht, würde das mittelfristig jener politischen Kraft den Wind aus den Segeln nehmen, die zumindest als stiller Gast in allen Entscheidungsgremien mit am Tisch sitzt – der AfD und ihrem neonazistisch-gewaltbereiten Umfeld. Zu den Diskussionen um die Zukunft der Region hat die radikale Rechte nichts Substantielles beizutragen. Dies öffentlich sichtbar zu machen wäre ein willkommener Nebeneffekt nachhaltiger Regional- und Klassenpolitik.

<sup>33</sup> Eine entsprechende Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt zu dem Ergebnis, «dass der Ausbau erneuerbarer Energien eine effiziente Ergänzung zu einem beschleunigten Kohleausstieg darstellt, und auch eine Vollversorgung mit Erneuerbaren (100 Prozent) im Stromsektor möglich ist» (Oei u. a. 2019: 16).

## LITERATUR

## A

Abram, Nerilie J./McGregor, Helen V./Tierney, Jessica E./Evans, Michael N./McKay, Nicholas P./Kaufman, Darrell S./PAGES 2k Consortium (2016): Early Onset of Industrial-Era Warming Across the Oceans and Continents, in: *Nature* 7617, S. 411–418.

## B

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M.

Bose, Sophie/Dörre, Klaus/Köster, Jakob/Lütten, John/Dörre, Nelson/Szauer, Armin (2019): Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier. Sichtweisen von Beschäftigten, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz*, Studien 4/2019, Berlin, S. 89–112.

Burawoy, Michael (1985): *The Politics of Production: Factory Regimes Under Capitalism and Socialism*, London.

## D

De Wilde, Pieter/Koopmans, Ruud/Strijbis, Oliver/Merkel, Wolfgang/Zürn, Michael (Hrsg.) (2020): *The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*, Cambridge.

Dörre, Klaus (2019): «Take back control». Arbeiter, Abwertung, AfD, in: *WSI-Mitteilungen* 2/2019.

Dörre, Klaus (2020a): In der Zangenkrise. Vom Klassen- zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt, in: Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob (Hrsg.): *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*, Frankfurt a. M./New York.

Dörre, Klaus (2020b): *In der Warteschlange. Arbeiter\*innen und die radikale Rechte*, Münster.

Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob (2018): *Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 1–2/2018, S. 55–90, unter: <https://doi.org/10.1007/s11609-018-0352-z>.

Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hrsg.) (2013): *Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben*, Hamburg.

## E

Engler, Wolfgang/Hensel, Jana (2018): *Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein*, Berlin.

## G

Goodhart, David (2017): *The Road to Somewhere. The New Tribes Shaping British Politics*, München.

Greib, Martina/Wörten, Christin/Richter, Fabian/Ötsch, Rainald/Witt, Uwe/Troost, Axel (2019): *Struktur- und industriepolitische Alternativen für die Lausitz*, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz*, Studien 4/2019, Berlin, S. 9–72.

Grüne Liga (2014): *Braunkohle-Land. Zerstörungen durch den Braunkohleabbau in der Lausitz*, Cottbus, unter: [www.kein-tagebau.de/images/gedrucktes/braunkohleland\\_dt.pdf](http://www.kein-tagebau.de/images/gedrucktes/braunkohleland_dt.pdf).

## H

Hochschild, Arlie Russel (2016): *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*, New York.

Hochschild, Arlie Russel (2018): *Warum Trump? Fremd im eigenen Land*, Interview mit Arlie Russel Hochschild, in: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit. Verteilungskämpfe. Populistische Revolte*, Frankfurt a. M., S. 25–33.

## K

Kahrs, Horst (2019): *Die Wahl zum 7. Landtag Brandenburg und zum 7. Sächsischen Landtag am 1. September 2019*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/40926/die-landtagswahlen-in-brandenburg-und-sachsen-2019?cHash=7c60e2d0eccbf4813f57e513760eabba](http://www.rosalux.de/publikation/id/40926/die-landtagswahlen-in-brandenburg-und-sachsen-2019?cHash=7c60e2d0eccbf4813f57e513760eabba).

Kaiser, Julia (2020): *#Wir fahren zusammen. Die Allianz von Fridays for Future und ver.di im Bereich Nahverkehr als Exempel ökologischer Klassenpolitik*, in: Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob (Hrsg.): *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*, Frankfurt a. M./New York.

Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» (2019): *Abschlussbericht*, Berlin, unter: [www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.html](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.html).

## M

Müller, Winfried/Steinberg, Swen (2020): *Region im Wandel. Eine kurze Geschichte der Lausitz(en)*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6–7/2020, S. 15–22.

**O**

Oei, Pao-Yu/Göke, Leonard/Kemfert, Claudia/Kendziorzski, Mario/von Hirschhausen, Christian (2019): Erneuerbare Energien als Schlüssel für das Erreichen der Klimaschutzziele im Stromsektor, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin: Politikberatung kompakt 133, Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin, unter: [www.diw.de/de/diw\\_01.c.616185.de/publikationen/politikberatung\\_kompakt/2019\\_0133/erneuerbare\\_energien\\_als\\_schluessel\\_fuer\\_das\\_erreichen\\_der\\_klimaschutzziele\\_im\\_auftrag\\_der\\_bundestagsfraktion\\_buendnis\\_90/die\\_gruenen.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.616185.de/publikationen/politikberatung_kompakt/2019_0133/erneuerbare_energien_als_schluessel_fuer_das_erreichen_der_klimaschutzziele_im_auftrag_der_bundestagsfraktion_buendnis_90/die_gruenen.html).

**R**

Rosa, Hartmut/Henning, Christoph (Hrsg.) (2018): *The Good Life Beyond Growth. New Perspectives*, London.

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2018): Strukturdaten für die Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung». Projektbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Endbericht, unter: [www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/strukturdaten-der-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/strukturdaten-der-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4).

**W**

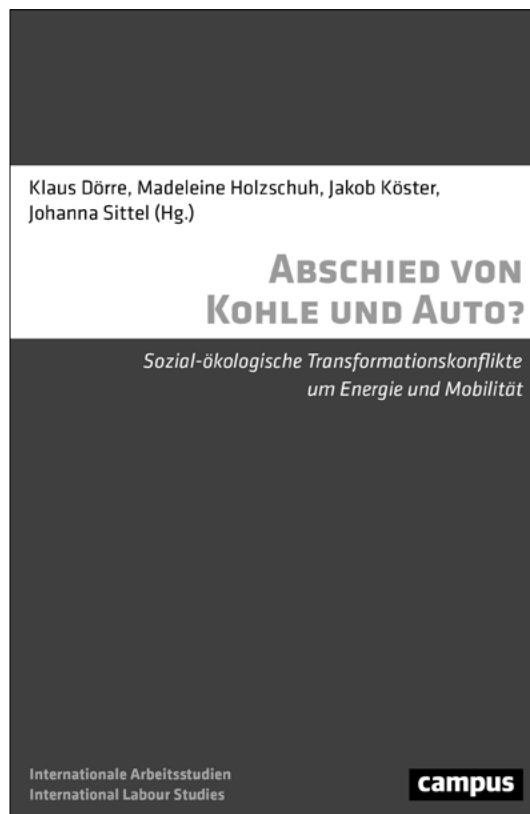
Wissen, Markus/Pichler, Melanie/Maneka, Danyal/Krenmayr, Nora/Högelsberg, Heinz/Brand, Ulrich (2020): Zwischen Modernisierung und sozial-ökologischer Konversion. Konflikte um die Zukunft der österreichischen Autoindustrie, in: Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob (Hrsg.): *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*, Frankfurt a. M./New York.

## LITERATUR ZUM THEMA



Der Strukturwandel ist möglich. Das zeigt die vorliegende Studie. Bei aller Kritik an einem zu späten Ausstieg: Der Kohlekompromiss, auf den sich die Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» im Januar 2019 geeinigt hat, setzt einen Rahmen, der es ermöglicht – und erzwingt –, dass nun ernsthafte Gespräche für einen Strukturwandel mit allen Beteiligten geführt werden. Auch in der Linken war es bisher schwergefallen, alle Akteure an einen Tisch zu bringen, um an gemeinsamen Vorstellungen zu arbeiten. Bisherige Versuche – zu PDS-Zeiten wurden bereits Konzepte angedacht – sind schnell in Vergessenheit geraten. Dies ist vielleicht der erste Erfolg der vorliegenden Studie, im Prozess ihrer Erstellung die Gespräche (wieder) in Gang gebracht zu haben.

**Download und Bestellung unter:**  
[www.rosalux.de/publikation/id/40518](http://www.rosalux.de/publikation/id/40518)



Die ökologischen Herausforderungen zwingen vor allem die frühindustrialisierten Länder zu einer Nachhaltigkeitsrevolution. Dabei verwandelt sich der alte industrielle Klassenkonflikt in einen sozial-ökologischen Transformationskonflikt. Dieser erfasst, so die zentrale These des Bandes, mehr und mehr die Kernbereiche des deutschen Industrie- und Wirtschaftsmodells. Anhand des Braunkohleausstiegs in der Lausitz und den Umbrüchen im Wertschöpfungssystem Automobil wird gezeigt, wie sich ökologische und soziale Konfliktachse gegeneinander verselbständigen und wie sich soziale Unsicherheit und das Bemühen um Statuserhalt in eine subjektive Quelle rechtspopulistischer Orientierungen verwandeln können.

**Bestellung unter:** [www.campus.de/buecher-campus-verlag/wissenschaft/soziologie/abschied\\_von\\_kohle\\_und\\_auto-15874.html](http://www.campus.de/buecher-campus-verlag/wissenschaft/soziologie/abschied_von_kohle_und_auto-15874.html)



